



STARKE DEMOKRATIE MIT FRAUEN IN POLITISCHER VERANTWORTUNG



Impressum

©Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Auslandsbüro Mongolei
Seoul Straße, Brauhaus-22
Ulaanbaatar
Mongolei

Übersetzung: Ariunchimeg Khasbagana
Chinbat Khasbagana
Redaktionelle Bearbeitung: Dr. Daniel Schmücking
Dulguun Batmunkh
Isabell Köller
Raffaella Helf

Ulaanbaatar, 2017

INHALT

- 4 | **VORWORT**
Ochirbat Punsalmaa
/Staatspräsident a. D., Präsident des Mongolisch-Deutschen Forums
- 6 | **GRÜßWORT**
Stefan Duppel
/Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Mongolei/
- 8 | **DER AKTUELLE STAND DER MONGOLISCH-DEUTSCHEN BEZIEHUNGEN**
Bold Luvsanvandan
/Mitglied des Großen Staatskhurals, Vize-Präsident des Mongolisch-Deutschen Forums/
- 11 | **AUSBLICK AUF DIE ZUKÜNFTIGEN MONGOLISCH-DEUTSCHEN BEZIEHUNGEN**
Terbishdagva Dendev
/Mitglied des Großen Staatskhurals, Vorsitzender der Mongolisch-Deutschen Parlamentariergruppe/
- 17 | **FRAUEN IN DER DEUTSCHEN POLITIK – VERGANGENHEIT UND GEGENWART**
Christine Lieberknecht
/Thüringer Ministerpräsidentin a. D., Mitglied des Thüringer Landtags/
- 24 | **DIE VERTIEFUNG DER DEMOKRATIE IN DER MONGOLEI - TEILNAHME DER FRAUEN IN DER POLITIK**
Undraa Agvaanluvsan
/Mitglied des Großen Staatskhurals/
- 33 | **„HERAUSFORDERUNG UND CHANCEN VON FRAUEN IN DER POLITIK“ PODIUMSDISKUSSION**
Amarjargal Rinchinnyam
/21. Premierminister der Mongolei und Mitglied des Großen Staatskhurals a.D./
Christine Lieberknecht
/Thüringer Ministerpräsidentin a. D. und Mitglied des Thüringer Landtags/
Narantuya Zagdkhuu
/Mitglied des Großen Staatskhurals/
Zolzaya Batkhuyag
/Direktorin der Women for Change NGO/
- 35 | **DIE ZIELE DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG UND DIE ROLLE VON FRAUEN**
Beate Trankmann
/Landeskoordinatorin der UNO und der UNDP in der Mongolei/
- 39 | **VORSCHLÄGE UND EMPFEHLUNGEN DES FORUMS**
Nomingereel Khuyag
/Vorstandsvorsitzende der Women for Change NGO/
- 41 | **ABSCHLUSSBEMERKUNGEN**
Dr. Daniel Schmücking
/Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung Mongolei/
- 42 | **DAS XIV. MONGOLISCH-DEUTSCHE FORUM DURCH SICHT DER KAMERAPERSPEKTIVE**

VORWORT

Sehr geehrte Damen und Herren,



auf den jährlichen Konferenzen des Mongolisch-Deutschen Forums haben wir anfangs Themen wie die Stabilisierung der jungen Demokratie in der Mongolei behandelt. Wir haben diskutiert, wie diese verbreitet und ihre Entwicklung unterstützt werden kann. Außerdem haben wir darüber gesprochen, wie die Beziehung und die Zusammenarbeit unserer beider Länder weiter vertieft werden kann. Des Weiteren versuchten wir, einen guten Weg für die wirtschaftliche Entwicklung der Mongolei zu finden und ein gemeinsames Vorgehen, Schulter an Schulter, für eine gemeinsame Zusammenarbeit zu entwickeln. Meistens waren es Themen, die die Zusammenarbeit der beiden Länder betrafen. In den letzten Jahren dagegen diskutierten wir die Möglichkeit, wie sich die Mongolei an der Integration sowie an Sicherheitsmaßnahmen im asiatischen Raum aktiv beteiligen kann.

Die mongolische Gesellschaft und die junge Demokratie sind in einer verantwortungsvollen Phase ihrer Entwicklung. Frauen machen in der Mongolei die Hälfte der Gesellschaft aus. Dass Frauen stärker Führungsaufgaben in der Wirtschaftsentwicklung und in der Politik übernehmen, ist nicht nur ein Problem in der Mongolei, sondern ein allgemeines Problem in der Entwicklung von Demokratien.

Die Themen, über welche wir uns austauschen und an denen wir unsere Tätigkeiten orientieren, haben sich erweitert. Im vergangenen Jahr fand unsere 13. Konferenz in Berlin statt und wir behandelten das Thema „Zusammenarbeit zwischen Asien und Europa“. Konkret diskutierten wir das 11. ASEM Gipfeltreffen. Wir besprachen Vorschläge, die wir an höhere Organisationen der beiden Länder übermittelten. In der diesjährigen Konferenz diskutieren wir den aktuellen Stand und die zukünftigen Mongolisch-Deutschen Beziehungen. Außerdem diskutieren wir die weitere Entwicklung der Demokratie, die für unsere beiden Länder das wertvollste Gut ist. Konkret wollen wir über ein sehr wichtiges Thema diskutieren und zwar den Stellenwert der Frauenrolle in einer demokratischen Gesellschaft. Wir wollen vor allem über die Zunahme und Stabilisierung des Frauenanteils auf Entscheidungsebenen sprechen.

Die mongolische Gesellschaft und die junge Demokratie sind in einer verantwortungsvollen Phase ihrer Entwicklung. Frauen machen in der Mongolei die Hälfte der Gesellschaft aus. Dass Frauen stärker Führungsaufgaben in der Wirtschaftsentwicklung und in der Politik übernehmen, ist nicht nur ein Problem in der Mongolei, sondern ein allgemeines Problem in der Entwicklung von Demokratien. In diesem Sinne ist der Vortrag von Frau Christine Lieberknecht über die deutschen Frauen und ihre Beteiligung an der Entwicklung der Demokratie für uns von besonderem Interesse. Ich bin mir sicher, dass sie alle bei unseren Vorträgen und bei der Podiumsdiskussion zum Thema „Herausforderungen und Chancen von Frauen in der Politik“ aktiv teilnehmen werden.

Meine Damen und Herren,

das Jahr 2016 ist für die Mongolei reich an besonderen Ereignissen. Wir haben unsere nationalen historischen Jahrestage und Jubiläen gefeiert. In unserem Land hat das Gipfeltreffen von ASEM erfolgreich stattgefunden. Im Rahmen von ASEM fanden viele Treffen von sozialen Organisa-

tionen statt, an denen Parlamentarier, Jugendliche, Frauen, Bürger, Medien und Unternehmen teilnahmen. Ich bin mir sicher, dass all diese einen Beitrag geleistet hat, den internationalen Stellenwert, den Ruf und die Position der Mongolei zu verbessern.

In diesem Jahr hatten wir auch Parlamentswahlen. Das hat eine neue Ära in der Entwicklung der mongolischen Demokratie eröffnet. Diese Wahlen haben gezeigt, dass es wichtig ist, die Entwicklung der Demokratie weiterhin kontinuierlich voranzutreiben, zu befestigen, seine Erfolge und Fehler richtig einzuschätzen und die ferne Zukunft immer klar vor Augen zu haben. Ich denke, diese Wahlen haben die politischen Parteien daran erinnert, wie wichtig es ist, die Demokratie zu erweitern und zu stabilisieren, die Stimmen der Gesellschaft und der Öffentlichkeit wachsam zu hören und politisch feinfühlig zu sein.

Der mongolischen Öffentlichkeit gefällt es, dass es bei diesen Wahlen nicht nur Fortschritte bezüglich der Frauenquote unter den Parlamentskandidaten der politischen Parteien gab, sondern nun auch mehr Frauen im Parlament vertreten sind als vorher. Anders gesagt, ist ein Schritt in die richtige Richtung gemacht worden, die Teilnahme der Frauen auf politischen Entscheidungsebenen zu erhöhen. Wir finden es sehr wichtig, dass genau zeitgleich zu diesem Ereignis das Mongolisch-Deutsche Forum über dieses Thema debattiert und sich zu Ziel gesetzt hat, der Regierung und der mongolischen Öffentlichkeit neue Impulse zu geben. Ich danke vom ganzen Herzen der Konrad-Adenauer-Stiftung, dem Leiter des KAS-Auslandsbüros in der Mongolei, Herrn Daniel Schmücking, und den Mitarbeitern des KAS-Auslandsbüros dafür, dass ihr unsere Meinung teilt, dieses Thema zum Hauptthema der diesjährigen Konferenz zu machen und dass Ihr uns traditionell in allen Bereichen unterstützt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Ochirbat Punsalmaa

*Staatspräsident a. D. und
Präsident des Mongolisch-Deutschen Forums*

Der mongolischen Öffentlichkeit gefällt es, dass es bei diesen Wahlen nicht nur Fortschritte bezüglich der Frauenquote unter den Parlamentskandidaten der politischen Parteien gab, sondern nun auch mehr Frauen im Parlament vertreten sind als vorher.

Anders gesagt, ist ein Schritt in die richtige Richtung gemacht worden, die Teilnahme der Frauen auf politischen Entscheidungsebenen zu erhöhen.

GRÜßWORT



Sehr geehrter Prof. Orchirbat,
sehr geehrte Abgeordnete aus der Mongolei und
Deutschland,
lieber Herr Dr. Schmücking,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich, heute mit Ihnen zusammen das
Mongolisch-Deutsche Forum eröffnen zu können.

Das Forum erfreut sich einer langjährigen Tradition.

Bereits zum 14. Mal verleiht das Mongolisch-Deutsche
Forum unserer zuverlässigen Partnerschaft in
bemerkenswerter Weise Ausdruck einer echten
Wertegemeinschaft, die sich auf Freiheit, Menschen-
rechte und Demokratie gründet.

*Bereits zum 14. Mal
verleiht das
Mongolisch-Deutsche
Forum unserer
zuverlässigen
Partnerschaft
in bemerkenswerter
Weise Ausdruck
einer echten
Wertegemeinschaft,
die sich auf Freiheit,
Menschenrechte und
Demokratie gründet.*

Mit ihrem einstigen Startschuss haben die damaligen Staats-
oberhäupter unserer beiden Länder den Weg für eine
bedeutende gemeinsame Dialogplattform geebnet.

Und es freut mich, dass ich gleich zu Beginn meiner Zeit hier in
der Mongolei vom heutigen Staatspräsidenten Elbegdorj daran
erinnert wurde.

Buchstäblich am ersten Tag, anlässlich meiner Übergabe des
Beglaubigungsschreibens im Juli, erinnerte er an die Tradition
der deutsch-mongolischen Zusammenarbeit im Bereich der
Demokratieförderung und rief dazu auf, diese fortzusetzen.

Das tun wir heute und ich möchte dies nicht tun, ohne die Rolle
der deutschen politischen Stiftungen in der Mongolei zu wür-
digen, die seit vielen Jahren auf deutscher Seite der zentrale
Partner für Veranstaltungen dieser Art sind.

So unterstützt insbesondere die Konrad-Adenauer-Stiftung
seit mehr als zwei Jahrzehnten die Mongolei bei ihrem Trans-
formationsprozess.

Ein besonderes Anliegen ist der Konrad-Adenauer-Stiftung
dabei die Förderung von Frauen, dem sie mit dem Mongolisch-
Deutschen Forum und dem diesjährigen Thema "Gestaltung
einer starken Demokratie mit Frauen in politischer Verantwor-
tung" Rechnung trägt.

Ziel ist es, der Rolle von Frauen in Führungspositionen eine
breite Akzeptanz zu verschaffen und diese zu stärken – in der
Wirtschaft, der Gesellschaft und nicht zuletzt in der Politik.

In der Mongolei erhöhte sich infolge der Wahlen im Juni dieses
Jahres die Anzahl der Frauen im mongolischen Parlament um
zwei Mandate, auf 13 Frauen von insgesamt 78 Abgeordneten.

Sicherlich ist dies nur ein kleiner Schritt, aber es ist ein Schritt
in die richtige Richtung – und ein Schritt, den nicht nur die
Mongolei gehen muss.

Auch Deutschland hat bei diesem Thema noch Nachholbedarf.

Auch in unserem Parlament sind Frauen unterrepräsentiert, und auch bei uns ist die Stärkung der Rolle von Frauen in Führungspositionen kein Selbstläufer.

Lassen Sie uns also gemeinsam daran arbeiten, dieses Thema zu befördern.

Angesichts der Vielzahl wichtiger Persönlichkeiten, die sich heute hier versammelt haben, sollte uns das auch gelingen!

Ich wünsche allen Beteiligten informative Austauschgespräche, fruchtbare Diskussionen und viele weiterführende Erkenntnisse.

Vielen Dank!

Stefan Duppel

*Außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland in der Mongolei*

*Auch bei uns ist die
Stärkung der Rolle von
Frauen in
Führungspositionen
kein Selbstläufer.*

*Lassen Sie uns also
gemeinsam daran
arbeiten, dieses Thema
zu befördern.*

DER HEUTIGE STAND DER DEUTSCH-MONGOLISCHEN BEZIEHUNGEN

Sehr verehrte Damen und Herren,



Deutschland ist nicht nur unser Hauptpartner in Europa und einer unserer engsten Freunde, sondern auch unser „Drittnachbar“.

vor 18 Jahren, als der damalige Bundespräsident Roman Herzog der Mongolei einen Besuch abstattete, kam es zu einer gemeinsamen Initiative. Man wollte einen Dialogmechanismus zwischen den Zivilgesellschaften der beiden Länder gründen und ich hatte die Gelegenheit, als Abgeordneter des Großen Staatskhurals sowie als Vorsitzender der Mongolisch-Deutschen Parlamentariergruppe das Mongolisch-Deutsche Forum mitzugründen. Dieses Forum sollte zur gegenseitigen Verständigung zwischen unseren Völkern beitragen, was auch im Großen und Ganzen bisher sehr gut gelungen ist. Ich freue mich sehr, wieder an dieser inzwischen ehrwürdigen Veranstaltung teilnehmen zu dürfen. Ich möchte zu den mongolisch-deutschen Beziehungen einen kurzen Vortrag halten.

Während meiner Amtszeit als Außenminister der Mongolei haben wir 2014 gemeinsam 40 Jahre der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der Mongolei und der Bundesrepublik Deutschland feierlich zelebriert. Gern erinnere ich mich an den Höhepunkt der Feierlichkeiten, den Besuch des

Bundesaußenministers Frank-Walter Steinmeier in der Mongolei im Juli 2014. Im Oktober 2015 besuchte seine Exzellenz, der Bundespräsident Joachim Gauck, unser Land und in diesem Jahr war ihre Exzellenz, Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des ASEM-Gipfels zu Gast. Nach ihrem ersten offiziellen Besuch im Oktober 2011 als erste deutsche Regierungschefin in der Mongolei, war das bereits ihr zweiter Besuch.

Diese diplomatischen Besuche zeigen uns allen, dass die politischen Beziehungen zwischen der Mongolei und der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet sind. Wir definieren diese bilateralen Beziehungen als „umfassende partnerschaftliche Beziehungen“. Deutschland ist nicht nur unser Hauptpartner in Europa und einer unserer engsten Freunde, sondern auch unser „Drittnachbar“. Die Regelmäßigkeit hoher Besuche und die Erweiterung von vertraglichen Grundlagen zwischen unseren beiden Ländern geben einen wichtigen Impuls für die Festigung der engen Beziehungen. Der gemeinsame Einsatz unserer Streitkräfte in Afghanistan, die Vertragsabschlüsse der letzten Zeit wie die „Regierungsabkommen über die Zusammenarbeit im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich“, das „Abkommen über die Befreiung von Visapflichten für die Inhaber von biometrischen Diplomatenpässen“ sowie die einseitige Entscheidung der mongolischen Regierung im Mai 2013 zur Visabefreiung von deutschen Staatsangehörigen, die Gründung der gemeinsamen mongolisch-deutschen Hochschule für Rohstoffe und Technologie - all diese Schritte und Ereignisse können als konkrete und positive Beispiele genannt werden. Im Rahmen der „Drittnachbarschaftspolitik“ ist die Mongolei bestrebt, die mongolisch-deutschen Beziehungen weiter zu einer strategischen Partnerschaft auszubauen.

Meine Damen und Herren,

die Geschichte der mongolisch-deutschen Beziehungen ist in verschiedenen Perioden der Zeitgeschichte stets vielfältig und inhaltsreich gewesen. Das zeigt auch der hohe Besuch aus dem Freistaat Thüringen. Außerdem möchte ich die enge Zusammenarbeit der Mongolei mit der DDR lobend erwähnen. Die Kooperation zwischen der Mongolischen Volksrepublik (MVR) und der DDR war sehr nützlich für die Mongolei. Ca. 20.000 Mongolen haben in Ost-Deutschland studiert bzw. wurden dort ausgebildet. Neben dem technischen Wissen haben diese Mongolen die deutsche Sprache gelernt und wurden damit befähigt, neben Marx und Engels auch die Werke von Goethe und Schiller zu lesen. Viele Mongolen haben im Sozialismus über das Auto „Wartburg“ auch von der echten Wartburg bei Eisenach erfahren. Aus der Zeit der sozialistischen Brüderschaft stammt auch die Namensgebung „Ulan-Bator-Straße“ in der Thüringer Landeshauptstadt Erfurt. Wir sind der Stadt Erfurt und dem Land Thüringen dankbar, dass diese Straßenbezeichnung immer noch besteht.

Meine Damen und Herren,

in den letzten Jahren haben wir sehr viel geredet über die großen mongolisch-deutschen Wirtschaftsprojekte. Ein mongolischer Minister wollte vor drei oder vier Jahren aus lauter Euphorie über das Wirtschaftswachstum auf die Entwicklungshilfe aus der EU und Deutschland verzichten. Niemand wollte daran denken, dass die Rohstoffpreise auch tief fallen können.


Leider ist aus den Wirtschaftsprojekten fast nichts geworden. Aber die deutsche Entwicklungshilfe brauchen wir heute mehr denn je. Bei den geplanten Großprojekten wie Kohleverflüssigung, Koks-kohlelieferung an ThyssenKrupp und beim Abbau von seltenen Erden war die Mongolei leider nicht in der Lage, ihre Hausaufgaben zu machen, sprich: den eigenen Anteil bei der Finanzierung aufzubringen. Wir brauchen deshalb heute eine realistische Herangehensweise und einen Neuanfang in den Wirtschaftsbeziehungen. Auch die Interessen von Russland und China sollten dabei mit berücksichtigt werden.

Meine verehrten Damen und Herren,

unsere beiden Völker wissen die freundschaftlichen Beziehungen zueinander sehr zu schätzen. Bei vielen Mongolen ist Deutschland stets sehr beliebt und geachtet. Die KAS und das Mongolisch-Deutsche Forum sind hierbei sehr bemüht und tragen auch dazu bei, das positive Deutschlandbild in der Mongolei zu pflegen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die heutige 14. Konferenz des MDFs sowohl zur Verbesserung des Demokratieverständnisses in der Mongolei als auch zur Vertiefung der mongolisch-deutschen Freundschaft einen gewichtigen Beitrag leisten wird.

Themen wie parlamentarische Demokratie, Menschenrechte und Transparenz der politischen Entscheidungen sind, angesichts der Kräfteverhältnisse im politischen Geschäft, bei uns wieder ganz aktuell. Ich bin mir sicher, dass die aktuelle, politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes auch am heutigen Tag aus unterschiedlichen Perspektiven offen diskutiert wird.



Im Rahmen der „Drittnachbarschaftspolitik“ ist die Mongolei bestrebt, die mongolisch-deutschen Beziehungen weiter zu einer strategischen Partnerschaft auszubauen.

Ich wünsche allen hier Anwesenden und der 14. Konferenz des MDFs viel Erfolg.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Bold Luvsanvandan

*Mitglied des Großen Staatskhurals und
Vize-Präsident des Mongolisch-Deutschen Forums*

*Themen wie
parlamentarische
Demokratie,
Menschenrechte und
Transparenz der
politischen
Entscheidungen
sind, angesichts der
Kräfteverhältnisse
im politischen
Geschäft, bei uns
wieder ganz aktuell.*

DER WEITERE TREND DER DEUTSCH-MONGOLISCHEN BEZIEHUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor allem möchte ich die Konferenzgäste im Namen der Deutsch-Mongolischen Parlamentariergruppe herzlich begrüßen und ich wünsche Ihnen alles Gute.

Ich bedanke mich für die Organisation durch das Deutsch-Mongolische Forum und das KAS-Auslandsbüro in Ulaanbaatar und für die Möglichkeit, dass ich auf dieser Konferenz über die aktuelle Entwicklung und über den weiteren Trend der deutsch-mongolischen Beziehung sprechen darf.

Das Thema „Deutsch-Mongolische Beziehungen“ ist seit der Gründung der NGO „Deutsch-Mongolisches Forum“ eines der Hauptthemen gewesen und stand immer im Zentrum des Interesses des Forums. Dass wir heute wieder über die Möglichkeiten der Beziehung der beiden Länder sprechen, ist nicht nur ein Indiz für Ihre besondere Aufmerksamkeit, die wir ihr schenken, sondern auch ein Beitrag zu deren Weiterentwicklung.

Meine Damen und Herren,

in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat in der mongolischen Außenpolitik die „Politik des dritten Nachbarn“ einen hohen Stellenwert gehabt. Sie ist eine wichtige Säule der mongolischen Außenpolitik. Darunter verstehen wir, dass die Mongolei mit den Ländern Beziehungen unterhält, die von der Gesellschaftsstruktur her demokratisch, wirtschaftlich gut entwickelt sind und mit der Mongolei freundliche Beziehung unterhalten. Das wurde in den Dokumenten der Regierungspolitik, in den Richtlinien der Nationalen Sicherheit und in den Richtlinien der Außenpolitik niedergeschrieben und so untermauert. Ein wichtiger Vertreter dieser Drittnachbarpolitik ist unser Hauptpartner in der EU - Deutschland. Wir finden, dass die Stabilisierung, die Erweiterung der Beziehungen und die Zusammenarbeit mit der BRD eine wichtige Mission der mongolischen Außenpolitik war und auch weiterhin ist.

Seit die Mongolei in den 90er Jahren konsequent den demokratischen Weg gewählt und angefangen hat, sich Gesellschaft und Wirtschaft zu reformieren und zu erneuern, hat die BRD die Mongolei konsequent unterstützt. Dafür ist das mongolische Volk Deutschland sehr dankbar.

Meine Damen und Herren,

die Deutsch-Mongolischen Beziehungen entwickelten sich in vielen Bereichen sehr erfolgreich, am meisten auf der politischen Ebene. Als erstes westliches Land hat Deutschland, im Jahre 1995, eine gemeinsame Erklärung über die Grundlagen der Beziehung zwischen der BRD und der Mongolei unterschrieben und somit die Grundprinzipien und Richtungen der Zusammenarbeit definiert. 2008 hat der Bundespräsident Horst Köhler, während des Staatsbesuchs, die gemeinsame



Wir finden, dass die Stabilisierung, die Erweiterung der Beziehungen und die Zusammenarbeit mit der BRD eine wichtige Mission der mongolischen Außenpolitik war und auch weiterhin ist.

*Es ist unser Ziel,
diese Beziehungsstufe
noch weiter
zu erhöhen und
in eine strategische
Partnerschafts-
beziehung
überzugehen.*

Erklärung über die „Komplette Partnerschaftsbeziehung“ zwischen beiden Ländern unterschrieben. Das war ein wichtiger Schritt, die Beziehung der beiden Länder auf eine neue Stufe zu heben. Es ist unser Ziel, diese Beziehungsstufe noch weiter zu erhöhen und in eine strategische Partnerschaftsbeziehung überzugehen.

Der Staatsbesuch des Bundespräsidenten im Jahre 2008, der Staatsbesuch der Bundeskanzlerin im Jahre 2011 und zum ASEM Gipfeltreffen im Juli diesen Jahres sind die Ergebnisse unserer Anstrengungen in dieser Richtung. Wenn man die Häufigkeit der beidseitigen hohen Staatsbesuche beibehält, wird das ein wichtiger Faktor für die Entwicklung unserer Zusammenarbeit in allen Bereichen.

Die Mongolei hat unter den asiatischen Ländern die meisten deutschsprachigen Menschen. Ich möchte gerne erwähnen, dass nicht nur die zigtausenden Mongolen, die in Deutschland studiert, gearbeitet und durch die deutsche Sprache und Kultur vieles gelernt und übernommen haben, sondern auch die NGOs, Verbände, Vereine, Unternehmen und Stiftungen, wie die KAS, die in der Mongolei und in Deutschland tätig sind, für den heutigen Entwicklungsstand der Deutsch-Mongolischen Beziehung und Zusammenarbeit einen wichtigen Beitrag geleistet haben.

Meine Damen und Herren,

in der deutsch-mongolischen Gesamtbeziehung spielt neben Politik, Wissenschaft, Kultur, Bildung, Verteidigung und dem humanitären Bereich, die sich heute erfolgreich entwickeln und nicht zu unterschätzende Fortschritte gemacht haben, auch die Zusammenarbeit im Investitions- und Wirtschaftsbereich eine wichtige Rolle. Aber das wichtigste Ergebnis in der deutsch-mongolischen Geschäftsbeziehung ist, meiner Meinung nach, dass wir den Willen besitzen, zusammenzuarbeiten und die rechtlichen Rahmenbedingungen für diese Zusammenarbeit geschaffen haben.

Die Zusammenarbeit mit einem dritten Nachbar im Wirtschaftsbereich ist für die Entwicklung und für die nationale Sicherheit der Mongolei von besonderem Interesse. Aus diesem Grund arbeitet unser Land an dem Ziel, die Investitionen aus Drittnachbarländern zu erhöhen. Da unsere Mongolen in Deutschland den engsten Partner in Europa sehen, geben wir Acht, wie in der Vergangenheit, konkrete Maßnahmen umzusetzen, um für deutsche Investition günstige Bedingungen zu schaffen und diese zu unterstützen.

Wenn die Mongolei aus ihren Bodenschätzen Waren und Produkte mit Mehrwert herstellt und ein reales Wirtschaftswachstum schaffen möchte, ist das Einholen der deutschen Investitionen, der deutschen Hochtechnologie und die Entwicklung einer beidseitigen lukrativen Zusammenarbeit eine fundamentale Säule. Außerdem sollte die Mongolei hergestellte Produkte auf den Weltmarkt bringen, vor allem in die EU, denn dort besitzen die Verbraucher eine hohe Kaufkraft. Diese Maßnahme soll nicht nur ein Traum sein, sondern Realität werden.

Um die Versorgung mit Bodenschätzen und Rohstoffen zu gewährleisten, hat Deutschland im Jahre 2010 seine

strategischen Richtlinien überarbeitet und entschieden, mit wenigen rohstoffreichen Ländern Partnerschaftsverträge zu unterzeichnen. Wir haben es dankend begrüßt, dass die Mongolei zu diesen Ländern gehört. Mit ihrer Unterschrift bei den Verhandlungen zwischen der Bundesregierung Deutschland und der mongolischen Regierung über die Zusammenarbeit im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich während ihres Staatsbesuchs in der Mongolei im Jahre 2011, hat die Bundeskanzlerin dieses Abkommen bestätigt. Damit sollten von der deutschen Seite größere Investitionen kommen. Der Absturz der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt, die schlechte Situation der mongolischen Wirtschaft und Finanzen sind nur vorübergehend und es ist eine Frage der Zeit, bis sich die Situation verbessert. So bin ich mir sicher, dass unsere vorhin erwähnten Investitionen in gemeinsame Projekte und Programme erfolgreich umgesetzt werden können.

Ein großer Schritt für die Beziehungen und die Zusammenarbeit der beiden Länder, vor allem für die Zusammenarbeit im Mineralien- und Rohstoffbereich, ist die Gründung der Deutsch-Mongolischen Hochschule für Rohstoffe und Technologie. Sobald diese Hochschule ihren vollen Betrieb aufgenommen hat, bin ich mir sicher, dass die Zahl der mongolischen Ingenieure mit deutscher Ausbildung rapide steigt und so in diesem Bereich echte Ergebnisse erzielt werden.

Ich denke, dass private Unternehmen aus beiden Ländern für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehung und für Investitionen eine wichtige Rolle spielen werden. Die Regierungen müssen dafür die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessern.

Die Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen zwei Ländern müssen natürlich für beide Seiten vorteilhaft sein. Besonders für die Mongolei, als Entwicklungsland, ist die Unterstützung durch ihren Partner ein entscheidender Faktor für die Entwicklungsgeschwindigkeit. Dies war auch die bisherige Grundlage der Zusammenarbeit und wird es auch in Zukunft bleiben.

Meine Damen und Herren,

wir müssen nicht nur über den heutigen Stand unserer Zusammenarbeit sprechen, sondern wir müssen miteinander über die zukünftige Entwicklung beraten. Der Begriff „Zukunft“ beinhaltet einen Raum ohne Grenzen, schwer einzuschätzende Ziele, vielleicht auch Träume, die kaum zu realisieren scheinen. Ich denke, das Wort „Zukunft“ stellt für optimistische Menschen, die mutige Träume haben und für ihre Träume auch arbeiten, eine unendliche Möglichkeit dar. Deswegen hängt die Zukunft der deutsch-mongolischen Beziehungen vom heutigen erreichten Stand, von unseren gesetzten Visionen sowie von unserem Willen und unseren Anstrengungen, um diese Visionen zu erreichen, ab. Aus diesem Grund sehe ich die Zukunft der deutsch-mongolischen Beziehung und Zusammenarbeit optimistisch. Ich glaube, dass zwischen unseren Ländern bewährtes Vertrauen, ein gegenseitiges Interesse an wirtschaftlicher Zusammenarbeit und ein Wille zu deren Umsetzung existieren.

Es gibt viele Möglichkeiten, die deutsch-mongolischen Beziehungen weiter, erfolgreich zu entwickeln.

- Wir blicken auf langjährige gute Beziehungen und eine gute

Ich denke, dass private Unternehmen aus beiden Ländern für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehung und für Investitionen eine wichtige Rolle spielen werden. Die Regierungen müssen dafür die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessern.

*Ich glaube, dass
zwischen unseren
Ländern bewährtes
Vertrauen,
ein gegenseitiges
Interesse an
wirtschaftlicher
Zusammenarbeit und
ein Wille zu deren
Umsetzung existieren.*

Zusammenarbeit zurück. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind gegeben. Deutschland und Deutsche haben in unserem Land einen guten Ruf. Zwischen den Behörden, Organisationen und zwischen den Menschen gibt es eine langjährige freundschaftliche Beziehung.

- Seitdem die Mongolei zur Demokratie und Marktwirtschaft gewechselt hat, besitzen unsere Länder die gleichen Werte: die der Demokratie, Gerechtigkeit, Menschenrechte, der Freiheit und des Rechtssystems.

- Die vielen tausend Menschen, die Deutsch sprechen und sich die deutsche Kultur angeeignet haben, sind eine wichtige Stütze, um die Zusammenarbeit weiterzuentwickeln. Bis heute haben 30.000 Mongolen in Deutschland studiert bzw. eine Ausbildung absolviert und verbreiten die deutsche Sprache und die deutsche Kultur in ihrem Land. Damit leisten sie ihren Beitrag für die deutsch-mongolischen Beziehungen. Dass 1% der Gesamtbevölkerung deutsche Sprachkenntnisse hat, ist in Asien ein Spitzenwert.

- Das objektive Interesse an der Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich steigt auf beiden Seiten. Die Mongolei hat viele Bodenschätze und Deutschland hat gute Hochtechnologie, um diese zu verarbeiten.

- Im Rahmen einer kompletten Partnerschaft entwickelten sich die Beziehungen unserer beiden Länder in vielen Bereichen erfolgreich. Ich will einige Vorschläge machen, um diese Beziehung noch aktiver und noch erfolgreicher zu machen:

- Die erreichte Stufe der politischen Beziehung beibehalten und vorantreiben. Im Rahmen der kompletten Partnerschaft die Beziehungen und die Zusammenarbeit der beiden Länder vertiefen, um die Stufe der strategischen Partnerschaft zu erreichen.

- Im Rahmen einer internationalen Organisation wie der OSCE unterstützend zusammenarbeiten. Die Hilfe und Unterstützung der BRD, die Organisation des 11. Gipfeltreffens von ASEM im Juli 2016 in Ulaanbaatar und die persönliche Teilnahme der Bundeskanzlerin, Angela Merkel, sind Ausdruck davon.

- Die Bürger, die in Deutschland studiert und sich so die deutsche Sprache und Kultur angeeignet haben, können die Beziehungen und die Zusammenarbeit der beiden Länder konkreter fördern.

- Die Beziehungen im Verteidigungsbereich, vor allem bei internationalen Friedenseinsätzen, erfolgreich weiter entwickeln. Die auf der politischen Ebene entwickelten Beziehungen der beiden Länder durch den wirtschaftlichen Kontext bereichern, neben den Krediten und Hilfeleistungen auch die deutsche Teilnahme und das Interesse erhöhen, Projekte mit gegenseitigem Nutzen zu verwirklichen.

- Für Projekte im Bergbau- und Energiebereich Entwicklungskredite der Bundesregierung in Anspruch nehmen. Des Weiteren die Finanzierung von Spendenprojekten erhöhen, die der Umwelt zugutekommen.

- Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit kann die Lebensmittel- und Landwirtschaftssektoren der Mongolei höher priorisieren.

- Deutsche Technologie für Exploration, Förderung und Verarbeitung von Bodenschätzen in der Mongolei verwenden. Außerdem moderne und umweltfreundliche Standards einführen und bei der Rekultivierung von Tagebauflächen zusammenarbeiten. Gemeinsame Projekte für die Industrie entwickeln und verwirklichen sowie bei der Entwicklung der Cluster-Struktur mit der Leichtindustrie zusammenarbeiten.

- Die Zusammenarbeit in der Bio-Produktion erhöhen. Kaschmir- und Lederprodukte in den deutschen bzw. europäischen Markt unter günstigen Bedingungen exportieren und die Vielfalt der Produkte erweitern.
- Innovative Techniken und Technologien, neue Musterlösungen für hochrentable Betriebe in den mittelständischen Unternehmensbereich der Mongolei einführen. In diesem Bereich die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen ausbauen.

Meine Damen und Herren,


die Beziehung zwischen dem mongolischen und dem deutschen Parlament spielt im politischen und in weiteren Bereichen eine wichtige Rolle. Unsere beiden Länder haben ein parlamentarisches Regierungssystem. Seitdem im Jahr 1991 eine Bundestagsdelegation, unter der Führung vom Bundestagsvizepräsident Dieter-Julius Cronenberg, die Mongolei besucht hat, haben sich die Beziehungen zwischen den Parlamenten gut entwickelt.

Ab dem ersten Tag der demokratischen Revolution wurde die ganze Gesellschaft ein Schulungsfeld für eine neue Einstellung, neue Denkweisen und für neue Herangehensweisen. Dabei hat die KAS eine sehr große Rolle gespielt, z.B. hat die Stiftung mit dem Büro des Bundestages Kontakt aufgenommen und viele Spezialisten in die Mongolei eingeladen. Im Rahmen dieses Projektes wurden Konferenzen und Tagungen organisiert um die Demokratie in der Mongolei zu stabilisieren, diese werden bis heute fortgesetzt.

Außerdem wurden die Abgeordneten des Großen Staatskhurals zu internationalen Konferenzen und Tagungen in Deutschland und in anderen Ländern geschickt, um Erfahrungen zu sammeln und um über die demokratische Entwicklung der Mongolei richtig zu informieren. Diese vielen Arbeiten, die von der KAS organisiert wurden, tragen bis heute ihre Früchte.

Wir sind dankbar, dass sich die KAS in den letzten Jahren für die Verbesserung des mongolischen Wahlgesetzes, für die Stabilisierung der regionalen Selbstverwaltung und vor allem für die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der regionalen Stadtverordnetenversammlung eingesetzt hat.

In der Beziehung zwischen der Mongolei und der BRD hat die Zusammenarbeit der beiden Parlamente eine wichtige Rolle gespielt. Ich freue mich, dass ich von 2016 bis 2020 als Vorsitzender der Deutsch-Mongolischen Parlamentariergruppe im Großen Staatskhural arbeiten werde. Ich möchte an dieser Stelle erklären, dass ich die Zusammenarbeit zwischen den Friedensgruppen, ständigen Kommissionen, Abgeordneten sowie den Parlamenten beider Länder während meiner Amtszeit mit aller Kraft unterstützen werde und dadurch die Entwicklung der deutsch-mongolischen Beziehungen weiter voran treiben werde. In den letzten Jahren besuchten sich die Mongolisch-Deutsche Parlamentariergruppe des Großen Staatskhurals und die Zentralasiatische Gruppe des Bundestages regelmäßig und die Beziehungen zwischen den Abgeordneten vertieften sich. An dieser Stelle muss betont werden, dass der Bundestag den Beziehungen zwischen den gesetzgebenden Staatsorganen besondere Bedeutung beimisst.



Die Beziehung zwischen dem mongolischen und dem deutschen Parlament spielt im politischen und in weiteren Bereichen eine wichtige Rolle.

Die Beziehungen und die Zusammenarbeit der beiden Länder umfassen alle Bereiche. Es ist wichtig, die Zusammenarbeit im Rechtsbereich zu entwickeln und Vereinbarungen zu treffen. Die Visafreiheit bei Amtspässen würde die Reisebedingungen der Bürger erleichtern, dies wäre auch ein wichtiger Schritt für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Bürgern und den Unternehmern der beiden Länder. Ich bin mir sicher, dass die deutsch-mongolischen Beziehungen und die Zusammenarbeit in Zukunft erweitert und stabilisiert werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Terbishdagva Dendev

*Mitglied des Großen Staatskhurals und
Vorsitzender der Mongolisch-Deutschen Parlamentariergruppe*

*Die Beziehungen
und die
Zusammenarbeit
der beiden Länder
umfassen
alle Bereiche.
Es ist wichtig,
die Zusammenarbeit
im Rechtsbereich zu
entwickeln und
Vereinbarungen
zu treffen.*

FRAUEN IN DER DEUTSCHEN POLITIK – VERGANGENHEIT UND GEGENWART

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

"Frauen, die nichts fordern, werden beim Wort genommen - sie bekommen nichts."

Diese Bemerkung der großen französischen Schriftstellerin und Frauenrechtlerin, Simone de Beauvoir, entspricht nicht nur einer französischen oder deutschen Erfahrung. Sie, hier in der Mongolei, werden dieser Erfahrung wohl genauso zustimmen

Ich bin der Einladung zum Thema "Frauen in politischer Verantwortung - die deutsche Perspektive" auf dem heutigen "Deutsch-Mongolischen Forum" zu berichten, gern gefolgt. Ich bin der festen Überzeugung, Frauen brauchen den Erfahrungsaustausch untereinander, Frauen brauchen die Solidarität untereinander. Das gilt im eigenen Land. Das gilt aber auch über die Grenzen hinweg - weltweit. Deswegen sind Beiträge zur Frauenpolitik immer ein wichtiges Arbeitsgebiet der Konrad-Adenauer-Stiftung, die hier vor Ort durch Herrn Daniel Schmücking vertreten wird und deren Mitglied ich bin.

In der Konrad-Adenauer-Stiftung betonen wir: "Ohne Frauen ist kein Staat zu machen." Doch der Weg zu dieser Überzeugung war ein langer Weg und alles andere als einfach.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ich möchte Sie mit meinen Ausführungen für die nun folgenden 30 Minuten deswegen auf eine kleine Reise mitnehmen.

1. Zeitreise

Welche Schritte waren in Deutschland bis zur vollen Gleichberechtigung von Frauen und Männern notwendig?

2. Station: Persönlicher Lebensweg

Wie war mein persönlicher Weg als Frau, politische Verantwortung zu übernehmen?

3. Station: Gegenwart

Welchen „Ist-Stand“ von Frauen in politischer Verantwortung haben wir gegenwärtig, also grob gesagt, in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts, erreicht? (zunächst eine formal-quantitative Betrachtung)

4. Wettlauf im Transrapid führt nicht zum Ziel

Was sind die qualitativen Chancen, die sich mit Frauen in politischer Verantwortung nicht nur für die Frauenpolitik, sondern für alle Politikfelder ergeben?

5. Stationen auf dem Weg in die Zukunft

Worin sehe ich die wichtigsten Aufgaben, bei deren Lösung besonders Frauen gefragt sind?

1. Zeitreise

Welche Schritte waren in Deutschland bis zur vollen Gleichberechtigung von Frauen und Männern nötig?



"Ohne Frauen ist kein Staat zu machen."

*Das gesamte
20. Jahrhundert
war frauenpolitisch
gekennzeichnet vom
permanenten Ringen
der Frauen
um ihre Rechte,
die sie nur schrittweise
und oft gegen große
Widerstände
durchsetzen konnten.*

In Deutschland war es nicht anders, als in anderen Ländern auch. Das gesamte 20. Jahrhundert war frauenpolitisch gekennzeichnet vom permanenten Ringen der Frauen um ihre Rechte, die sie nur schrittweise und oft gegen große Widerstände durchsetzen konnten.

Zunächst ging es um die Einführung des Wahlrechts für Frauen. Das wurde möglich mit dem Aufruf vom 12. November 1918, zu den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung im Januar 1919. Es war die Zeit nach dem Ende des deutschen Kaiserreichs und des verlorenen 1. Weltkrieges. In diesem Wahlauftrag hieß es, dass "alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen" seien.

Die gewählte Nationalversammlung verabschiedete dann die Weimarer Verfassung, in der die staatsbürgerliche Gleichstellung von Männern und Frauen in Artikel 109 geregelt ist. Er lautet: "Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten."

Wichtige Gesetze der Weimarer Republik gehen auf die Initiative von Frauen zurück:

- 1922 - Zulassung der Frauen als Schöffen, Richter und Geschworene
- 1922 - Einbeziehung der Heimarbeiterinnen in die Sozialversicherung
- 1927 - Einführung des Mutterschutzes

Nach dem 2. Weltkrieg kam es dann mit der Verabschiedung des deutschen Grundgesetzes, zunächst für den westlichen Teil Deutschlands, zu heftigen Debatten, um in diesem Grundgesetz einen scheinbar einfachen Satz einzufügen: "Männer und Frauen sind gleichberechtigt."

Es gelang, weil die vier weiblichen Mitglieder (im parlamentarischen Rat) Helene Wessel (Zentrum/CDU), Helene Weber (CDU), Friederike Nadig (SPD) und Elisabeth Selbert (SPD) zur Vorbereitung des Grundgesetzes parteiübergreifend zusammengearbeitet haben.

Im Jahr 1957 wird ein erstes Gleichberechtigungsgesetz verabschiedet.

Nach der deutschen Wiedervereinigung wird im Zuge einer Grundgesetznovelle die aktive Frauenförderung ins Grundgesetz aufgenommen und erhielt damit Verfassungsrang. Der Staat hat nun ausdrücklich den Auftrag, auch die faktische Gleichberechtigung von Frauen und Männern durchzusetzen und bestehende Nachteile zu beseitigen.

Noch im selben Jahr 1994 wurde das zweite Gleichberechtigungsgesetz verabschiedet. Dabei geht es um die Förderung der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit in Leitungsfunktionen, um die Berufung von mehr Frauen in Leitungsgremien, um gleiche Chancen bei Einstellung, Qualifikation, Aufstieg und Fortbildung.

Zahlreiche Frauenförderpläne, Modellprojekte und vieles andere werden seitdem initiiert.

Man kann sagen, dass spätestens seit Mitte der 90er Jahre die aktive Frauenpolitik den Durchbruch, zumindest in der Politik, geschafft hat: das betrifft die Frauenquoten oder Quoren in der Politik. Das betrifft eine Fülle sozial- und familienpolitischer Maßnahmen, wie die Einführung der Vätermonate zur Erziehung der Kinder oder die bundesweite Durchsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kinderbetreuungsplatz vom 1. Geburtstag des Kindes an. Auch familienunterstützende Maßnahmen zur Pflege älterer pflegebedürftiger Familienangehöriger gehören dazu, wie auch entscheidende Verbesserungen im Rentenrecht für Frauen. Geradezu revolutionär waren die frauen- und familienpolitischen Debatten in der Mitte der 2000er Jahre. In dieser Zeit war unsere heutige deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen Frauen- und Familienministerin und setzte zahlreiche Initiativen für Frauen mit großer Vehemenz durch.

Und nicht zuletzt sind wir stolz darauf, seit 2005 mit Dr. Angela Merkel eine deutsche Bundeskanzlerin mit souveräner Amtsführung und großer weltweiter Anerkennung zu haben.

2. Station: Mein persönlicher Lebensweg.
Hier will ich nur wenige Punkte benennen:

Das entscheidende Datum für meinen Weg in die Politik und zur Übernahme politischer Ämter war die friedliche Revolution 1989/1990 in der DDR, an der ich für meine Partei, die CDU, aktiv beteiligt war.

Als ich 1990 die erste Bildungsministerin im wiedergegründeten Land Thüringen wurde, war ich die einzige Frau in der damaligen Landesregierung. 1999 wurde ich Parlamentspräsidentin und hatte zum ersten Mal einen Parlamentsvorstand, dem ausschließlich Frauen, und zwar aus drei verschiedenen Parteien, angehörten. Das war eine spannende Erfahrung. 2009 wurde ich als erste Frau für die CDU und in den neuen Ländern Ministerpräsidentin. Gegenwärtig gibt es drei Ministerpräsidentinnen in Deutschland. Außerdem war ich Vorsitzende meiner Partei, der CDU in Thüringen von 2009 bis 2014. Bei allen meinen politischen Ämtern über 25 Jahre lang, galt für mich immer, Familie und Beruf miteinander zu verbinden. Ich bin verheiratet und habe zwei Kinder. Inzwischen habe ich fünf Enkel.

3. Station: Gegenwart

Welchen „Ist-Stand“ haben wir gegenwärtig, also in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts in Deutschland erreicht?

Von einem bin ich überzeugt: Frauen sind ihren Weg bisher beharrlich, manchmal auch mit Rückschlägen voran gegangen. Das wird auch in Zukunft so bleiben.

Vor allem Frauen, die den Weg in die Politik geschafft haben, setzen sich auch für andere Frauen ein. An der Spitze unserer deutschen Regierung steht mit Bundeskanzlerin. Dr. Angela Merkel eine Frau. Die deutsche Verteidigungsministerin ist eine Frau. In der Bundesregierung sind außerdem die Ministerien für Umwelt und Bau, für Familie und Jugend und für Arbeit sowie die Beauftragte für Kultur und Medien mit Frauen besetzt. Dazu kommen in den verschiedensten Fachbereichen Staatssekretärinnen bzw. Staatsministerinnen, u. a.

Man kann sagen, dass spätestens seit Mitte der 90er Jahre die aktive Frauenpolitik den Durchbruch, zumindest in der Politik, geschafft hat: das betrifft die Frauenquoten oder Quoren in der Politik.

Der Trend zu mehr Frauen in politischer Verantwortung ist eindeutig und unumkehrbar. Insgesamt spricht man von mindestens einem Drittel Frauen, die in politischen Gremien, besonders in den Parlamenten vertreten sind.

im Auswärtigen Amt mit Professor Dr. Maria Böhmer. In der Thüringer Landesregierung sind von zehn Regierungsämtern fünf (also die Hälfte) mit Frauen besetzt. Es gibt Kabinette auf Landesebene, in denen arbeiten inzwischen mehr Frauen als Männer, z.B. in Rheinland-Pfalz. Der Trend zu mehr Frauen in politischer Verantwortung ist eindeutig und unumkehrbar. Insgesamt spricht man von mindestens einem Drittel Frauen, die in politischen Gremien, besonders in den Parlamenten vertreten sind. Inzwischen zieht die Wirtschaft nach. Auch in den Aufsichtsräten der großen Unternehmen sollen in Zukunft ein Drittel der Plätze von Frauen besetzt werden.

Aber es gibt auch Probleme. Der Weg zu mehr Frauen in politischer oder wirtschaftlicher Verantwortung ist nicht konfliktfrei. Nicht jede Frau mit einer sehr guten Ausbildung und perfekten Eignung für eine politische oder wirtschaftliche Karriere möchte sich die damit verbundenen tagtäglichen Auseinandersetzungen zumuten. Auch hier nur ein kurzer Einblick: An den Gymnasien machen mit 55% der Absolventen inzwischen mehr Mädchen Abitur, als Jungs. In den Erstsemestern an den Hochschulen und Universitäten haben wir ebenfalls mehr Mädchen. Doch dann kommt der Bruch. Auch wenn wir in den Aufsichtsgremien eine Quote von über 30% anstreben, sind gegenwärtig in den Führungspositionen der Wirtschaft gerade mal 11% weiblich. In der Wissenschaft bei den Professorinnen sind es kaum mehr. Im Handwerk sind nur gut 12% der Meister weiblich.

Ist dies ein Armutszeugnis für die Frauenpolitik in meinem Land? Haben sich die Männer in diesen Bereichen nur erfolgreicher gegen eine wachsende Präsenz von Frauen gewehrt? Oder liegt es einfach an Karrieremustern, denen Frau sich entweder nicht anpassen will, nicht anpassen kann und - das wäre noch zu diskutieren - auch nicht anpassen sollte? Damit komme ich schon zu meinem nächsten Punkt, den qualitativen Chancen, die sich mit Frauen in politischer Verantwortung verbinden.

4. Wettlauf im Transrapid führt nicht zum Ziel:

Was sind die qualitativen Chancen, die sich mit Frauen in politischer Verantwortung nicht nur für die Frauenpolitik, sondern für alle politischen Bereiche verbinden? Hier schaue ich auf die Signatur unseres extrem janusköpfigen 21. Jahrhunderts. Flexibilität, Mobilität, nahezu unbegrenzte Verfügbarkeit, bestimmen das wirtschaftliche und immer mehr auch das persönliche Leben von immer mehr Menschen. Da gibt es die jungen polyglotten Eliten, die nicht nur 24 Stunden am Tag um den Globus surfen, sondern leibhaftig morgens in London, abends in New York, am nächsten Tag in Tokio und anschließend in Neu Dehli zu treffen sind. Nicht nur Männer, auch wenige Frauen sind dabei. Aber nicht nur die Eliten; wie viele Wirtschaftspendler in ganz normalen Berufen gibt es heute? Und dass, trotz aller Datenautobahnen und Telekommunikation! Wir erleben eine gigantische Beschleunigung unseres ganzen wirtschaftlichen und kommunikativen Lebens? Frauen- und vor allem Familienfördernd ist das nicht. Spätestens die niedrigen Geburtenraten zeigen, dass das alles nicht ohne Auswirkungen bleibt.

Deswegen meine ich: Es kann nicht unser Ziel sein, dass immer mehr Frauen auf dieses sich immer schneller drehende

Karussell schwingen, um mitfahren zu können. Dieses Denken ist eindimensional und meines Erachtens von vorgestern. Es entspricht etwa dem, was Friedrich Engels zu seiner Zeit formuliert hat: "Die Befreiung der Frau wird erst möglich, sobald diese auf großem gesellschaftlichen Maßstab an der Produktion sich beteiligen kann und die häusliche Arbeit sie nur noch in unbedeutendem Ausmaß in Anspruch nimmt."

Nein! Unser Ziel müssen wir heute, anderthalb Jahrhunderte später, viel weiter fassen. Wir müssen auch das Karussell umbauen, denn wenn wir uns den Dingen nur anpassen, wie sie nun einmal sind, zahlen wir einen hohen Preis. Wobei "wir" präzisiert werden muss. Wir als Frauen, wenn wir Kinder haben und eine Familie gründen wollen aber auch wir als gesamte Gesellschaft, wenn ich unsere alternde und schrumpfende Bevölkerung in den Blick nehme. Eine Gesellschaft ohne Kinder hat keine Zukunft.

Deswegen: Frauen wollen Freiräume, um ihre Kinder- und Familienwünsche und ihre beruflichen Ziele unter einen Hut zu bringen. Entsprechend messen sie, dreimal häufiger als Männer, persönlichen Freiräumen und flexiblen Arbeitszeiten höchste Priorität zu. Ich finde, das spricht für sich. Und dem muss nicht nur im Interesse von Kindern und Familie, sondern im Interesse unserer ganzen Gesellschaft Rechnung getragen werden. Am besten geschieht das von Frauen in politischer Verantwortung für Frauen in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft. Die fast komplette „Durch-Ökonomisierung“ des familiären Alltags, bis hin zu unseren sozialen Beziehungen, widerstrebt nicht nur weiblichen Denk- und Verhaltensmustern. Sie ist auch extrem kinderfeindlich. Mit selbstbestimmten Lebensentwürfen hat dies in der Praxis meist wenig zu tun. Die daraus resultierenden Probleme holen uns in Gestalt einer dramatischen demographischen Entwicklung schon jetzt, in nie gekannten Dimensionen, ein. (Aber das wäre ein Thema für einen zusätzlichen neuen Vortrag.)

Frauen in der Politik, verbunden mit ihren mehr oder weniger perfekten aber doch vorhandenen Frauenorganisationen, müssten diese rein ökonomisch dominierten und damit auch wenig demokratischen Strukturen am ehesten aufbrechen können. Ich ermutige alle Anwesenden ausdrücklich, diese Herausforderung anzunehmen!

5. Stationen auf dem Weg in die Zukunft:

Worin sehe ich die wichtigsten Aufgaben bei deren Lösung besonders Frauen gefragt sind?

Es sind Bausteine auf dem Weg zum großen Ziel einer kinder- und familienfreundlicheren und damit auch zukunftsfähigeren Welt. Ich will mich auf drei Beispiele beschränken.

1. Ausbildungszeiten
2. Zeitpunkt der Familiengründung und Geburt des ersten Kindes
3. Berufswahlentscheidungen junger Frauen

Erstes Beispiel:

Seit Jahren, seit dem Beitritt des ehemaligen DDR-Gebietes zur Bundesrepublik Deutschland, hören wir die Forderung, dass die Ausbildungszeiten verkürzt werden müssen. Seit 1981 ist

*Wir als Frauen,
wenn wir Kinder
haben und eine Familie
gründen wollen
aber auch wir als
gesamte Gesellschaft,
wenn ich unsere
alternde und
schrumpfende
Bevölkerung in den
Blick nehme.
Eine Gesellschaft
ohne Kinder hat
keine Zukunft.*

*Deswegen: Frauen
wollen Freiräume,
um ihre Kinder- und
Familienwünsche und
ihre beruflichen Ziele
unter einen Hut zu
bringen.*

Die fast komplette „Durch-Ökonomisierung“ des familiären Alltags, bis hin zu unseren sozialen Beziehungen, widerstrebt nicht nur weiblichen Denk- und Verhaltensmustern.

das Durchschnittsalter der Hochschulabgänger um 2,3 Jahre gestiegen. Es liegt derzeit bei 29 Jahren. Im internationalen Vergleich ist das eine alarmierende Entwicklung.

Dazu kommen Referendarzeiten, Probezeiten und andere Anforderungen. Angesichts einer solchen Entwicklung können wir alle Frauenförderpläne und sonstigen Projekte vergessen. Es kann nicht unser politisches Ziel sein, die jungen Leute in der produktivsten Phase ihres Lebens zwischen 20 und 30 Jahren, mit einer derartigen Hochschulbürokratie zuzuschütten. Sie beraubt die jungen Leute, um ein eigenverantwortliches Leben, in dieser wichtigen Lebenszeit.

Wer dann nach dem wohl überlegten Motto, erst Ausbildung und Beruf, dann Kinder- und Familienphase verfährt, hat zumindest für Letzteres kaum noch eine Chance. Man kann als Frau den Anschluss auf der Karriereleiter vielleicht noch schaffen, wenn mit Anfang, Mitte 30 die Kinder aus den Windeln sind und sie die Zuckertüte in Hand halten, danach wird es eng! Hier brauchen wir den politischen Protest und das Durchsetzungsvermögen, vor allem von Frauen als die Hauptbetroffenen.

Zweites Beispiel – eine Variation des ersten Themas: So heißt es aus dem Statistischen Bundesamt: „Hatte es (das Durchschnittsalter heiratswilliger Frauen) zu Beginn der 90er Jahre noch bei 26 gelegen, so wird heute nur noch selten vor dem 30 Lebensjahr geheiratet“. Wissenschaftliche Untersuchungen sehen die Ursache dafür in dem „höheren Qualifikationsdruck auf die Frauen, der sie erst später an Familie denken lässt“.

So ist die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche im besten gebärfähigen Alter von 18 bis 25 Jahren signifikant hoch. Und das in einer Zeit, in der noch nie so viel von Frauen- und Familienförderung die Rede war, wie in den letzten Jahren! In einer Zeit, in der das Damoklesschwert des demographischen Countdown über unserer Gesellschaft schwebt, und wir alle erkannt haben müssten, dass selbst ein radikales Umsteuern zugunsten von Frauen und Familien, die bereits jetzt schon irreversiblen Folgen allenfalls noch mildern, keinesfalls aber mehr verhindern kann. Auch hier sind Frauen als die Hauptbetroffenen gefragt. Es kann nicht das Ziel sein, eine Ausbildungsverordnung über die andere zu legen und am Ende die ganz normalen Abläufe von Familiengründung und Geburt von Kindern aufs Spiel zu setzen.

Drittes Beispiel: Schließlich möchte ich auf die Berufswahl verweisen, durch die viele Mädchen sich selbst Aufstiegschancen verbauen. 83% der Mädchen in Ausbildungsberufen konzentrieren sich auf 25 der rund 360 angebotenen Berufe, hauptsächlich im Dienstleistungsbereich mit geringen Einstiegs- und Aufstiegschancen. Das wiederholt sich übrigens auch an den Universitäten, an denen Studentinnen zwar vielfach in den Geisteswissenschaften aber weniger bei Betriebswirten oder Ingenieur-Studiengängen anzutreffen sind.

Noch bedenklicher erscheint diese Tendenz, wenn man einen Blick auf die Anteile der Absolventinnen in den Ausbildungsabschlüssen in modernen, neu zugelassenen Berufen wirft: lediglich 38% der Abschlüsse in so zukunftssträchtigen Berufen, wie Mediengestalter, IT-Systemelektroniker, Fachkraft für Veranstaltungstechnik, Mikrotechnologie oder Mechatroniker

wurden von Frauen erreicht. Es wäre fatal, wenn diesen Zukunftsberufen das gleiche Schicksal widerführe, wie den gewerblich-technischen Berufen – nämlich zu einer Domäne, nur der jungen Männer zu werden.


Sehr geehrte Damen und Herren,

die Beispiele zeigen: Jenseits der hehren Ziele gibt es viel, sehr viel zu tun und sehr viel zur konkreten Lebens- und Arbeitssituation von Frauen, zu bedenken.

Dabei geht es um weit mehr, als um den klassischen Kampf für die Rechte der Frauen. Heute geht es um die Zukunft des Gemeinwohls in unserer Gesellschaft insgesamt. Diese Zukunft werden wir nur bestehen in einer starken Demokratie, in der Frauen nicht länger nur den Männern nachzueifern suchen, sondern sich mit ihren eigenen Lebensbedürfnissen, Erfahrungen und Ansprüchen einbringen. Nur wenn sie darin gehört werden und diese auch mehrheitsfähig machen können, werden wir eine gute Zukunft von Frauen und Männern gemeinsam gestalten können.

Christine Lieberknecht

*Thüringer Ministerpräsidentin a. D. und
Mitglied des Thüringer Landtags*



*Heute geht es
um die Zukunft
des Gemeinwohls in
unserer Gesellschaft
insgesamt.
Diese Zukunft werden
wir nur bestehen
in einer starken
Demokratie, in der
Frauen nicht länger
nur den Männern
nachzueifern suchen,
sondern sich mit ihren
eigenen Lebens-
bedürfnissen,
Erfahrungen und
Ansprüchen
einbringen.*

DIE VERTIEFUNG DER DEMOKRATIE IN DER MONGOLEI, TEILNAHME DER FRAUEN IN DER POLITIK

Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße Sie zur heutigen Konferenz!



"Wenn Sie in der Politik etwas gesagt haben wollen, fragen Sie einen Mann. Wenn sie etwas getan haben wollen, fragen Sie eine Frau." Margaret Thatcher.

Seitdem sich die Mongolei für die Demokratie entschieden hat, gab es sieben erfolgreiche Parlamentswahlen und sechs erfolgreiche Präsidentenwahlen. Man muss sagen, dass NGOs, die sich für Frauenrechte einsetzen, internationale Organisationen, der mongolische Staat und die Regierung viel getan haben, um die Teilnahme der Frauen in der Politik zu erhöhen.

In jedem Land wird als Messwert für die Gleichberechtigung der Geschlechter der Anteil der Frauen im Parlament gemessen. Das Ziel ist, einen Frauenanteil von 30% im Parlament zu haben. 1995 gab es 5 Länder, die diese Quote erreicht hatten. 2015 ist die Zahl auf 43 Länder gestiegen. Die durchschnittliche Frauenquote im Parlament weltweit ist von 11,3% auf 22,1% gestiegen.

Trotzdem sind die Fortschritte in einzelnen Ländern nicht gleichmäßig, ergaben die Forschungsergebnisse. Um die Teilnahme der Frauen in der Politik zu erhöhen, verfolgen die Länder unterschiedliche Strategien. In den Ländern, in denen die Frauenquotegesetzlich vorgegeben ist, erreichendie Länder 25%.

Bei den Parlamentswahlen von 2012 wurden in unserem Land 11 Frauen gewählt. Damit lag die Mongolei auf dem 95. Platz im weltweiten Vergleich. Bei den Wahlen im Jahr 2016 gab es 13 gewählte Frauen und das bedeutet, dass wir derzeit eine Frauenquote von 17% im Parlament haben.

Die Mongolei hat es geschafft, in der Verfassung, in anderen relevanten Gesetzen, in nationalen Programmen und in den anderen Schriften die Rechte der Frauen und der Gleichberechtigung der Geschlechter zu gewährleisten. Außerdem hat die Mongolei durch internationale Verhandlungen und durch Verhandlungen der Vereinten Nationen die notwendigen Pflichten auferlegt bekommen.

Ich werde im Rahmen meines Vortrages Ihnen kurze Informationen: über die Rechtsbedingungen und Maßnahmen in der Mongolei geben, um Frauenrechte zu schützen und um die Teilnahme der Frauen auf der Entscheidungsebene zu erhöhen. Ich werde auch versuchen, die heutige tatsächliche Situation anhand der Forschungsergebnisse der Sozialpsychologie zu erklären.

1. Rechtsbedingungen, die Maßnahmen des Staates. Die internationalen Pflichten und Versprechungen der Mongolei

1.1. Die Mongolei unterstützt umfassend die internationalen Grundprinzipien und Standards der Menschenrechte.

*Bei den
Parlamentswahlen
von 2012 wurden
in unserem Land 11
Frauen gewählt. Damit
lag die Mongolei auf
dem 95. Platz im
weltweiten Vergleich.
Bei den Wahlen im
Jahr 2016 gab es 13
gewählte Frauen und
das bedeutet, dass wir
derzeit eine
Frauenquote
von 17% im
Parlament haben.*

Um die Frauenrechte und die Gleichberechtigung der Geschlechter zu gewährleisten, hat die Mongolei folgende internationale Verträge und Vereinbarungen unterschrieben:

- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
- Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
- Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
- Übereinkommen über die politischen Rechte der Frau
- Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau
- Übereinkommen zur Verbesserung der Frauensituation auf dem Land
- IAO (Internationale Arbeitsorganisation) Übereinkommen über die Nichtdiskriminierung in Beschäftigung und Beruf
- Übereinkommen gegen Diskriminierung in Bildung/Erziehung
- IAO - Übereinkommen Nr. 103 über den Mutterschutz
- IAO - Übereinkommen über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit

1.2. Verfassung der Mongolei (1992)

In der ersten Verfassung der Mongolei von 1924 wurde angekündigt, dass Männer und Frauen in der mongolischen Gesellschaft, Wirtschaft und der Politik ohne Berücksichtigung der Herkunft, Geschlecht, Religion und Reichtum die gleichen Rechte haben.

Seit 1990 wurde vereinbart mit der Änderung des politischen Systems mehr auf den Schutz der Frauenrechte zu achten. In der Verfassung von 1992, Artikel 16, steht über die Gleichberechtigung der Geschlechter „Männer und Frauen haben in der Familie, in der Kultur, in der Gesellschaft, in der Wirtschaft und in der Politik die gleichen Rechte.“ und „Niemand darf wegen seiner Rasse, Sprache, Hautfarbe, Alter, Geschlecht, sozialer Herkunft, sozialem Status, Vermögen, Beruf, ausgeübter Arbeit, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung und Bildung diskriminiert werden.“

1.3. Gesetz über die Gleichberechtigung der Geschlechter (2011)

Durch dieses Gesetz wird die Gleichberechtigungsgrundlage der Geschlechter im Politik-, Rechts-, Wirtschafts-, Gesellschafts-, Kultur- und im Familienverhältnis gewährleistet. In diesem Gesetz sind auch die Verantwortlichkeiten der Staatsorganisationen zur Gewährleistung der Gleichberechtigung der Geschlechter und zur Umsetzung dieses Gesetzes definiert.

Im Genderbericht der Länder (2010) steht: „Die Mongolei hat ein gutes Rechtssystem um die Gleichberechtigung der Geschlechter zu gewährleisten“. In den oben genannten Rechts- und Gesetzesdokumenten finden sich die Hauptthemen wie die Gewährleistung der Geschlechtergleichberechtigung, Vorbeugung der Menschenrechtsverletzung, soziale Gerechtigkeit zwischen Mann und Frau, Jungen und Mädchen.

Vor 2011 gab es in der Mongolei kein separates Gesetz zur Regulierung der Gendergleichberechtigung. Deswegen war die Verabschiedung dieses Gesetzes ein ganz wichtiger Schritt für die Gleichberechtigung der Geschlechter (2013). In mehreren Berichten steht aber, dass der Bedarf existiert, die Umsetzung dieses Gesetzes weiter zu verbessern (z.B. Khan und Aslam 2013).

Seit 1990 wurde vereinbart mit der Änderung des politischen Systems mehr auf den Schutz der Frauenrechte zu achten.

In der Verfassung von 1992 steht über die Gleichberechtigung der Geschlechter.

Im Genderbericht der Länder (2010) steht: „Die Mongolei hat ein gutes Rechtssystem um die Gleichberechtigung der Geschlechter zu gewährleisten“.

1.4. Mittelfristige Strategie und Arbeitsplan zur Umsetzung des Gesetzes über die Gleichberechtigung der Geschlechter (2013-2016)

Die mittelfristige Strategie und der Arbeitsplan zur Umsetzung des Gesetzes über die Gleichberechtigung der Geschlechter wurden am 26.01.2013 verabschiedet. Die Hauptziele dieser Strategie sind:

- Eine nationale Struktur für die Umsetzung des Gesetzes zur Gewährleistung der Gendergleichheit.
- In dem Bereich, indem das Gesetz umgesetzt werden soll, müssen eigene Strukturen geschaffen werden, um dieses Gesetz umzusetzen.
- Das Konzept muss auf allen Ebenen eingeführt und durchgesetzt werden.
- An der Gesetzesumsetzung müssen die Zivilgesellschaft, die Medien und die privatwirtschaftlichen Unternehmen teilnehmen (Mongolischer Regierungsbeschluss #34, 26.01.2013).

Im mittelfristigen strategischen Plan wurden sechs Hauptziele verfasst und für jedes Ziel die erwarteten Ergebnisse definiert. Im Arbeitsplan sind die Verantwortlichen zur Umsetzung verpflichtet.

1. Ziel: Ein Musterformat der Maßnahmen zur Umsetzung des Gesetzes über die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Definition der Verantwortlichen für diese Maßnahmen. Durch Personalausbildung und Personalbereitstellung können die Gesetze umgesetzt werden.
2. Ziel: Eine statistische Datenbank zur Genderfrage erstellen und diese bei der Entwicklung der Politik auf allen Ebenen benutzen.
3. Ziel: Andere relevante Gesetze und Rechtsakte an das Gesetz über die Gleichberechtigung der Geschlechter anpassen.
4. Ziel: Für die Öffentlichkeit eine dauerhafte Bildungspflicht zum Thema Gendergleichheit schaffen. Außerdem Aufklärungs- und Werbeaktionen landesweit durchführen.
5. Ziel: Direkte und indirekte Diskriminierung der Geschlechter verringern, dazu einen Maßnahmenplan zur Vorbeugung entwickeln. Bei Beschwerdeverfahren über die Verletzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau einen Mechanismus zur Umsetzung des Gesetzes schaffen.
6. Ziel: Bei der Verarbeitung und Verabschiedung des Regionalen- und des Staatshaushaltes eine gendersensible Methode einführen.

1.5. Das nationale Programm für die Gleichberechtigung der Geschlechter

Um die Ideen des Pekingervertrages und des Aktivitätsprogramms für die eigene nationale Besonderheit passend umzusetzen, hat die mongolische Regierung nach der 4. Internationalen Weltfrauenkonferenz im Jahre 1995 das „Nationale Programm zur Entwicklung der Frauen - 2000“ auf Basis von Beratungen mit den NGOs verabschiedet. Dieses Programm wurde im Jahre 2002 im „Nationalen Programm für die Bewahrung der Gendergleichheit“ erneuert.

Im Programm wurden folgende Ziele definiert:

Die Hindernisse bei der gleichberechtigten Teilnahme von Männern und Frauen an Politik, Wirtschaft und gesellschaftlichem Leben zu beseitigen.

Durch die gemeinsame Teilnahme von Männern und Frauen eine hohe Entwicklung erreichen, vor allem im Bereich der Familien-

entwicklung, da die Familie der erste Ort der Sozialisation ist. Im Programm wurde definiert, dass das führende Ziel der Aktivitäten die Gewährleistung der Gendergleichheit in allen Entscheidungsaktivitäten sein soll (Die nationale Genderkommission 2002).

Das wichtigste Ziel der Programmaktivitäten ist die Erfüllung der 15 Ziele, die in folgenden Bereichen umgesetzt werden sollen:

- Gendergleichheit in der Familienentwicklung
- Gendergleichheit in der Wirtschaft
- Gendergleichheit in der ländlichen Entwicklung
- Gendergleichheit auf Entscheidungsebene
- Die nationale Struktur und die Teilnahme der Gesellschaft in der Genderfrage

Nachdem das nationale Programm für die Bewahrung der Gendergleichheit verabschiedet wurde, hat die Regierung begonnen, landesweit Informationen über die Gendergleichheit zu verbreiten. Allerdings wurde im internationalen Genderbericht der Länder notiert: „Das notwendige Budget zur Umsetzung des nationalen Programms für die Gewährleistung der Gendergleichheit ist sehr begrenzt. Aus diesem Grund fällt das Ergebnis unzureichend aus und steht nur auf dem Papier.“ (Die nationale Genderkommission 2010)

1.6. Der nationale Mechanismus zur Bewahrung der Gendergleichheit

Durch das Gesetz über die Gleichberechtigung der Geschlechter ist der Rat der Staatsdienste verpflichtet, bei der Auswahl der Beamten die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu gewährleisten. Der nationalen Menschenrechtskommission steht das Recht zu, bei der Gesetzgebung in Verfassung und anderen Gesetzen zur Bewahrung der Gendergleichberechtigung zu kontrollieren. Dieses Gesetz zwingt den Großen Staatskhural, die Regierung, die Gouverneure und die Institutionen der regionalen Selbstverwaltung dazu, die Gleichberechtigung der Geschlechter zu wahren. Außerdem wurden die Pflichten und Verantwortlichkeiten der nationalen Genderkommission, des Hauptamts der Staatsverwaltung und der regionalen Verwaltungsämter definiert. Die Teilnahme der zivilen Gesellschaft und der NGOs wurden folgendermaßen hervorgehoben: „Bei der Bearbeitung, Umsetzung und bei der Kontrolle der Gesetze, Verordnungen und anderer Beschlüsse zur Bewahrung der Gleichberechtigung der Geschlechter, sollen Zivilgesellschaft und NGOs teilnehmen. Sie sollen die Bürgerrechte verteidigen, von den Staatsorganisationen sollen sie Informationen bekommen, finanziert werden sowie methodische und sonstige Hilfe zur Bewahrung der Gleichberechtigung der Geschlechter erhalten und eigene Meinungen über die Gleichberechtigung der Geschlechter äußern.“

Obwohl in den Ministerien und in den Stadtbezirksebenen Experten für die Genderfrage verantwortlich sind, ist die Tätigkeit der 25 Niederlassungen der nationalen Genderkommission unzureichend. Die Prinzipien der Gendergleichheit finden nicht den Weg in die jeweilige entwicklungsbestimmende Politik und Programme. Die Umsetzung ist mangelhaft. Das liegt daran, dass auf Leitungsebene in Ministerien und Büros die Vorteile der Gendergleichheit nicht ausreichend verstanden worden sind und dass das Wissen und die Informationen darüber

„Das notwendige Budget zur Umsetzung des nationalen Programms für die Gewährleistung der Gendergleichheit ist sehr begrenzt. Aus diesem Grund fällt das Ergebnis unzureichend aus und steht nur auf dem Papier.“

"Nur wenn Frauen und Männer die Möglichkeit haben, in Freiheit ehrenvoll leben zu können, gibt es eine stabile Entwicklung, Menschenrechte und Frieden."

fehlen. Außerdem sind die meisten der Verantwortlichen keine Fachleute. Sie üben die Arbeit nebenbei aus, neben ihrer hauptberuflichen Stelle. Das zeigt, dass die Qualifikation der Experten und der Mitarbeiter, die in den Ministerien, Stadtbezirken und in der Region als Genderexperten arbeiten, weiterhin nicht ausreichend ist. In dem von der asiatischen Entwicklungsbank, der Schweizer Entwicklungsagentur und der nationalen Genderkommission erstellten Bericht von 2010 steht: „Zur landesweiten Wahrnehmung der Pflichten und Verantwortung zu denen die nationale Genderkommission durch das Gesetz verpflichtet ist, fehlen technische, fachliche, strukturelle und organisatorische Qualifikationen. Bei den meisten Beamten, die als Genderexperten arbeiten, handelt es sich um Beamte niedrigen Ranges mit wenig Befugnis, wie z.B. Sozialarbeiter. Im Rahmen des nationalen Programms zur Bewahrung der Gendergleichheit wurden sie auch nicht ausreichend ausgebildet.“

2. Die wirkliche Gesellschaftssituation

"Nur wenn Frauen und Männer die Möglichkeit haben, in Freiheit ehrenvoll leben zu können, gibt es eine stabile Entwicklung, Menschenrechte und Frieden. Wenn Frauen und Männer die Möglichkeit haben, in allen Ebenen eine gute Ausbildung zu bekommen, wenn sie die Möglichkeit haben, zu arbeiten, eigenes Wissen, eigene Fähigkeit und eigene Macht zu teilen, dann existiert die Gleichheit. Die Frage der Gendergleichheit muss man als reale Anforderung und als unvermeidliche, ethische Bedingung sehen." (Redaktionszitat) Irina Bokowa, Generaldirektorin der UNESCO

2.1. Index der Genderdifferenz - Mongolei

Im Weltbericht der Genderdifferenzen bekam die Mongolei einen Index von 0,834. Damit belegt die Mongolei den 2. Platz, nach Norwegen und vor Burundi von insgesamt 136 Ländern. Bewertet wurden Werte wie die wirtschaftliche Teilnahme, der Möglichkeitsindex (die Differenzen der Beschäftigungsbeziehung gehört dazu) und die Gehaltsdifferenz.

In der Erklärung der 4. Weltfrauenkonferenz wurde betont: „Die Macht der Frauen, die Möglichkeit in allen Bereichen der Gesellschaft gleichberechtigt teilzunehmen, vor allem die Teilnahme an Entscheidungsprozessen, die Möglichkeit an die Macht zu kommen usw. ist die Basis, um die Gleichheit der Geschlechter in der Gesellschaft, Entwicklung und Frieden zu erreichen.“

Die Mongolei stand 2013 an 108. Stelle im Human Development Index (von insgesamt 207 Ländern der Welt). Das bedeutet, dass die Mongolei nach der menschlichen Entwicklung nur mittelmäßig ist (HDI 0,675) (UNDP 2013). 2012 war der Index der Genderungleichheit der Mongolei 5.615.

Aber die politische Macht (Zahlenverhältnis der Frauen und Männer, die in den obersten Ämtern der politischen Entscheidungsebene sind), die der zweite Index des Genderdifferenz-Indexes ist, beträgt 0,211 und steht auf der 108. Stelle von insgesamt 136 Ländern der Welt.

2. Die Vertretung der Frauen in der Entscheidungsebene

Methode zur Umsetzungsbewertung der Millenniumsentwicklungsziele von 1990

Jahr:	1990	2000	2004	2008	2012	2016
Anteil der Frauen im Parlament (%)	24.9	11.8	6.6	3.9	14.47	17.1
Anteil der Frauen, die für den Einzug ins Parlament kandidiert haben in Prozent.	7.7	10.9	13.7	18.5	32.0	

Wenn man sich die Ergebnisse der letzten 3 Wahlen anschaut: 2008: insg. 356 Kandidaten, davon 66 Kandidatinnen und 3 gewählte Frauen (4% im Parlament).

2012: insg. 544 Kandidaten, davon 174 Kandidatinnen und 11 gewählte Frauen (14,5% im Parlament).

2016: insg. 498 Kandidaten, davon 129 Kandidatinnen und 13 gewählte Frauen (17,1% im Parlament).

Die Festsetzung der Frauenquote im Wahlgesetz und in anderen Gesetzen (§126.2 Wahlgesetz: Mindestens 20% aller Kandidaten einer Partei oder Koalition müssen von einer der Geschlechter sein) hat gezeigt, dass man landesweit die Frauenteilnahme und Frauenvertretung in der Politik deutlich erhöhen kann und dass man in kurzer Zeit schnell arbeiten und Erfolge erzielen kann. Laut einer anderen Quelle, einer internationalen Organisation, ist dieses positive Wahlergebnis außerdem dadurch zustande gekommen, dass Männer in hohen Ämtern vermehrt in Korruptionsfälle verwickelt sind. Dadurch verlieren sie das Vertrauen der Bürger und schaffen damit die Basis, dass das Vertrauen in zuverlässige, prinzipienfeste weibliche Führungspersonen und Politikerinnen steigt.

Für Kandidatinnen ist es schwierig, die Wahlwerbung zu finanzieren. In derzeitigen geltenden Gesetzen steht nichts darüber, wie die Wahlwerbungskosten finanziert werden dürfen. Es gibt nur Bestimmungen darüber, wie man Geld ausgeben darf. Die reichen Kandidaten und Parteien haben den Vorteil, dass man im Gesetz, die Begrenzung der Ausgaben nicht ausreichend definiert hat. Da der Mechanismus, das Gesetz umzusetzen und die Umsetzung zu kontrollieren, schwach ist, ist die Gefahr groß, dass die Kandidaten nach dem Wahlsieg ihre privaten Geschäftsinteressen verfolgen. In unserem Land gibt es immer noch viele Unternehmer unter den männlichen Parlamentsmitgliedern. Deswegen ist in der Politik der Einfluss von Wirtschaftsinteressen groß und die großen Firmen finanzieren die Wahlen. Das macht es den Kandidatinnen und Kandidaten mit geringem Einkommen sehr schwierig. Das zeigt, dass der politische Start ungerecht ist. Außerdem haben die Männer bessere Chancen wiedergewählt zu werden, die bereits im Parlament sitzen, weil sie bereits Mehrheiten bilden. Darüber hinaus gibt es innerhalb einer Partei eine sogenannte „Kandidatengebühr“, die sehr hoch ist. Es gibt eine Statistik, die zeigt, dass in großen Firmen 74% aller Führungspositionen von Männern besetzt sind. Das ist auch ein Grund, warum das Wahlrecht der Frauen nicht umgesetzt werden kann.

Die Festsetzung der Frauenquote im Wahlgesetz und in anderen Gesetzen (§126.2 Wahlgesetz: Mindestens 20% aller Kandidaten einer Partei oder Koalition müssen von einer der Geschlechter sein) hat gezeigt, dass man landesweit die Frauenteilnahme und Frauenvertretung in der Politik deutlich erhöhen kann und dass man in kurzer Zeit schnell arbeiten und Erfolge erzielen kann.

In der Politik ist der Einfluss von Wirtschaftsinteressen groß und die großen Firmen finanzieren die Wahlen. Das macht es den Kandidatinnen und Kandidaten mit geringem Einkommen sehr schwierig. Das zeigt, dass der politische Start ungerecht ist.

2.3. Unabhängige Studien

Laut einer Studie der Forschungsorganisation IRIM ist „der erste Grund für die Wahlniederlage der Kandidatinnen der Ruf der Partei und der zweite Grund die Organisation der Wahlwerbung“. Bei männlichen Kandidaten hätten private Faktoren einen großen Einfluss. Welche Beziehungen der Männer und Frauen sind für folgende Ämter geeignet?

Ämter	männlich	weiblich
Bürgervertreterversammlung der Hauptstadt und der Aimags	60	40
Bürgervertreterversammlung von Sums und Distrikten	50	50

Wenn man die Ergebnisse der Studie namens „Wunschpolitiker“, die die NGO „Strategie Akademie“ in den Jahren 2015 und 2016 durchgeführt hat, sieht, haben auf die Frage „Wen würden Sie ins Parlament wählen?“ 51,4% der Wähler für männliche Kandidaten und 35,2% für weibliche Kandidatinnen gestimmt. Das bedeutet, dass die männlichen Kandidaten bessere Chancen haben. (Dieses Ergebnis zeigt, dass die Frauen weniger gebildet sind über Politik als die Männer.) Laut der Studie „Lebensqualität der mongolischen Frauen“

Politische Kenntnis- und Informationen	männlich 58.7
	weiblich 23.6

des „Sozialdemokratischen Mongolischen Frauenverbandes“ würden 58,6% aller Frauen sich gerne in irgendeiner weiteren Weise an der regionalen Politik teilnehmen, als nur ihre Stimmen bei den Wahlen abzugeben. Außerdem waren 63,6% dafür, dass Frauen genauso an der Politik teilnehmen sollten wie Männer und 84,3% fanden, dass die Teilnahme von Frauen an der Politik mangelhaft ist. Leider haben 70,8% der Frauen, die an dieser Studie teilnahmen, nie daran gedacht, sich als Kandidatin für eine politische Wahl aufstellen zu lassen. Dabei bewerben sich 69% der Frauen und 46% der Männer an Universitäten und Hochschulen. Außerdem haben diese Studienergebnisse gezeigt, dass mongolischen Frauen den größten Teil der Last der Familie auf ihren Rücken tragen. Zu diesen Lasten gehören: Geld für die Familie verdienen, auf die Schulbildung der Kinder achten, alle Haushaltsarbeiten erledigen usw. Deswegen haben die Frauen keine Möglichkeit sich weiter zu qualifizieren, eine Ausbildung zu machen oder am politischen und sozialen Leben teilzunehmen. Folgende Gründe nennen die Frauen dafür: Ihre Ehemänner haben keinen Beruf und keine Qualifikation; sie finden keinen Job; die Arbeitsbedingungen sind schwierig; sie bekommen keinen Lohn; aus obengenannten Gründen verschlechtern sich die Arbeitsfähigkeit und die Gesundheit der Ehemänner; die Ehemänner werden Alkoholiker; des Weiteren gibt es auch viele Fälle, in denen die Ehemänner sogar ihr Leben verlieren. Es gibt einen großen Anteil an Krankheiten und Sterbefällen, die, wie hier erwähnt, mit der Lebensweise der Männer verbunden ist.

Das zeigt, dass die Männer bei ihrer Gesundheit und bei der Vorbeugung von Krankheiten unterstützt werden müssen. Ein Grund für den schlechten Gesundheitszustand der Männer ist, dass sie zu wenig Wissen über die Vorbeugungsmaßnahmen gegen übertragbare und nicht übertragbare Krankheiten verfügen. Das zeigt, dass man die Gewohnheiten der Männer schnell ändern muss, denn die Gesundheit der Männer ist ein Problem geworden. Aus diesem Grund steht im Artikel 13.1 des Gesetzes über die Gleichberechtigung der Geschlechter: „Die Regierung wird Maßnahmen ergreifen, um Dienstleistungen für die Bedürfnisse der Männer und Frauen zu schaffen“. Außerdem hat das Gesundheitsministerium eine Strategie entwickelt, um die Gesundheit der Männer zu verbessern. Diese soll zwischen 2014 und 2018 umgesetzt werden, was im Jahre 2014 offiziell verabschiedet wurde.

Man möchte den Frauenanteil auf Entscheidungsebenen erhöhen. Dafür muss eine nationale Politik entwickelt werden, die alle Gesellschaftsbereiche umfassen. Des Weiteren muss dafür gesorgt werden, dass die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dies auch wirklich umzusetzen. Z.B hat die Mongolei es bis heute nicht geschafft, eine Richtung für seine Entwicklung zu definieren. Deswegen ist die Berufsausbildung in der Mongolei bisher chaotisch verlaufen, sodass eine Armee von Arbeitslosen entstanden ist, die die Anforderungen einer Arbeitsstelle nicht erfüllt. Nur dann, wenn Männer und Frauen einen sicheren Job haben und so eine sichere Einkommensquelle besitzen, wird sich die schwere Last auf den Rücken der Frauen verringern. Dann können auch die Voraussetzungen entstehen, dass die Männer ihre Familien unterstützen und die Frauen am sozialen und politischen Leben entscheidend teilnehmen können.

Weil die Frauen bei Problemen pragmatischer und fleißiger vorgehen und die Regeln und gesellschaftliche Bräuche genauestens erfüllen, funktionieren sie nicht nur auf Entscheidungs-ebene, sondern in jeder Organisation und in jedem kollektiven Dienstverhältnis zuverlässig. In einem rein männlichen Dienstverhältnis ist das Kollektiv sehr gering.

ZUSAMMENFASSUNG

1. Die Umsetzung des Gesetzes über die Gleichberechtigung der Geschlechter gewährleisten; die Tätigkeiten der Niederlassungen der nationalen Genderkommission aktivieren; in der Politik und in den Programmen, die die Entwicklung aller Bereiche bestimmen, die Prinzipien der Gendergleichheit durchsetzen. Des Weiteren die Leitungsebene der Staatsorganisationen mit Wissen und Informationen über die Geschlechtergleichberechtigung versorgen; darauf achten, in Staatsbehörden die zuständige Stellen für Genderfragen obligatorisch einzuführen.

2. Die Umsetzungen des mittelfristigen strategischen Plans des Gesetzes über die Gendergleichheit auswerten und den Plan für die nächste Stufe vorbereiten.

3. Die politische Aktivität und Teilnahme der Frauen verbessern. Dafür müssen die politischen Parteien bei der Umsetzung des Gesetzes über die Gendergleichheit eine führende Rolle spielen und ein entsprechendes System erschaffen. Dieses System muss die weiblichen Mitglieder und Anhänger ausbilden, trainieren und ihnen politisches Wissen vermitteln. Um die Wahlkampagne

*Nur dann,
wenn Männer und
Frauen einen sicheren
Job haben und
so eine sichere
Einkommensquelle
besitzen, wird sich die
schwere Last auf den
Rücken der Frauen
verringern.
Dann können auch
die Voraussetzungen
entstehen, dass die
Männer ihre Familien
unterstützen und die
Frauen am sozialen
und politischen Leben
entscheidend
teilnehmen können.*

der Kandidatinnen zu unterstützen, muss eine interne Regel für ein spezielles Programm entwickelt und umgesetzt werden.

4. Der wichtigste Lösungsweg ist, die Frauen von den schwierigen alltäglichen Problemen zu befreien, die Arbeitsbedingungen für Männer zu verbessern und ihr Wissen in Gesundheitsfragen zu erweitern. Deswegen muss man das Entwicklungsprogramm der Mongolei überdenken, die Entwicklungsrichtung genauer definieren und im Schulsystem ein spezielles Programm zur Ausbildung von Kindern umsetzen, damit die Kinder von klein auf das Berufsleben vorbereiten werden können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Undraa Agvaanluvsan

Mitglied des Großen Staatskhurals

Um die politische
Aktivität und
Teilnahme der Frauen
zu verbessern,
müssen die politisch-
en Parteien bei der
Umsetzung des
Gesetzes über die
Genderngleichheit eine
führende Rolle spielen
und ein entsprechen-
des System erschaffen.
Dieses System muss
die weiblichen Mit-
glieder und Anhänger
ausbilden, trainieren
und ihnen politisches
Wissen vermitteln.

„HERAUSFORDERUNG UND CHANCEN VON FRAUEN IN DER POLITIK“ PODIUMSDISKUSSION

Eine Besonderheit des XIV. Mongolisch-Deutschen Forums mit dem Thema "Starke Demokratie mit Frauen in politischer Verantwortung" war, dass im traditionellen Programm eine Änderung vorgenommen wurde und eine Podiumsdiskussion zum Thema organisiert wurde.

Wir haben für die diesemalige Podiumsdiskussion den 21. Premierminister der Mongolei und Mitglied des Großen Staatskhurals a.D. Herrn Amarjargal Rinchinnyam, die Direktorin der Women for Change NGO Frau Zolzaya Batkhuyag, die ehemalige Thüringer Ministerpräsidentin und Mitglied des Thüringer Landtags Frau Christine Lieberknecht und das Mitglied des Großen Staatskhurals Frau Narantuya Zagdkhuu eingeladen. Die prägnantesten Zitate der Podiumsteilnehmer werden im Folgenden präsentiert:

Amarjargal Rinchinnyam, 21. Premierminister der Mongolei und Mitglied des Großen Staatskhurals a.D.:

Ein Parlament ist eine Institution, die alle Bevölkerungsgruppen repräsentieren soll. Die Möglichkeit dazu gibt uns das Verhältniswahlssystem. Deswegen ist die Rückkehr zum Mehrheitswahlsystem gleichbedeutend mit einem Rückschritt bei der Gewährleistung der Repräsentation aller Bevölkerungsgruppen im Parlament.

Die Teilhabe von Frauen in der Politik wird selbstverständlich steigen und auch die Frauenquote auf der Entscheidungsebene wird mit der Zeit steigen. Nichts und niemand kann das aufhalten. Aber es ist wichtig, dass dieser natürliche Prozess nicht durch Einflüsse von außen verzögert wird.

Zolzaya Batkhuyag, Direktorin der Women for Change NGO:



Die Politikerinnen in der Entscheidungsebene werden von der Öffentlichkeit oft doppelt gefordert und geprüft. Z.B. wird erwartet, dass eine Frau, aufgrund ihres Geschlechts, bevorzugt an weichen Themen wie Sozialhilfe und sozialer Sicherheit arbeiten soll. Weiterhin werden Frauen nicht als gewählte Vertreterinnen und Politikerinnen gesehen, sondern es wird vor allem über private Aspekte wie Aussehen, Familienleben usw. in der Öffentlichkeit diskutiert. Das ist das etablierte Bild in unserer Gesellschaft.

Die Geschlechtergleichheit ist nicht nur das Problem der Frauen.



Es ist auch ein Zeugnis und damit eine Messlatte für die Existenz der Demokratie. Das Kostbarste an der Demokratie ist die Teilhabe, anders gesagt, die Frage, ob die Bürger dieser Gesellschaft bei Entscheidungen teilhaben können. Aber wenn sich die Gesellschaft einen Vertreter auf der Entscheidungsebene vorstellt, dann wird an einen ungefähr 50-jährigen Mann aus der Oberschicht mit vielen Beziehungen und viel Geld gedacht. Diese Gesellschaftsgruppe, die nur eine besonders kleine Minderheit bildet, kann für andere Gesellschaftsgruppen keine wohlwollenden, einfühlsamen Entscheidungen treffen.

Christine Lieberknecht, Ministerpräsidentin a. D. und Mitglied des Thüringer Landtags:



Wir befinden uns in der Entwicklungsphase zur Umsetzung von Frauenrechten und von mehr Teilhabe von Frauen auf Entscheidungsebenen. In Deutschland sind wir im Bereich der Teilhabe von Frauen in der Politik schon gut aufgestellt. Aber im Wirtschaftsbereich besteht noch Nachholbedarf. Nur etwa 11 Prozent der Führungspositionen in der Wirtschaft sind von Frauen besetzt. Das stellt natürlich einen Kontrast zu der Situation in der Mongolei dar, denn hier sind Frauen viel stärker in Führungspositionen im Wirtschaftsbereich vertreten.

Nach dem zweiten Weltkrieg und der Zerschlagung des Nationalsozialismus hat man angefangen großen Wert auf die Demokratieentwicklung zu legen, in der die aktive politische Bildung ein zentraler Bestandteil ist. Denn nur durch aktive und qualitative politische Bildung kann die sinnvolle Beteiligung der Bevölkerung in der Politik gefördert werden.

Frau Narantuya Zagdkhuu, Mitglied des Großen Staatskhurals :

Mongolische Frauen müssen sehr viele Hürden überwinden, damit sie die Möglichkeit bekommen, in die politische Entscheidungsebene zu gelangen. Erstens muss sie sich selbst, vor allem ihre Psyche sehr gut vorbereiten. Zweitens muss sie heutzutage in der Mongolei von in ihrer Partei akzeptiert werden, denn nur so kann sie ein Mandat bekommen. Das ist die schwierigste Hürde.



Das dringendste Problem der mongolischen Frauen ist die Arbeitslosigkeit. Vor allem Frauen mit Kleinkindern und ältere Frauen, die gerne arbeiten wollen, sind betroffen. Deswegen müssen wir die Kinderbetreuung ausbauen oder wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen für die Heimarbeit schaffen, um so diese arbeitsfähigen und arbeitswilligen Frauen zu unterstützen. Aus gleichen Chancen zur Arbeit entstehen gleiche Chancen zur Führung.

DIE ZIELE DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG UND DIE ROLLE VON FRAUEN

Im vergangenen Jahr hat die Weltgemeinschaft "die Agenda für nachhaltige Entwicklung bis 2030" und die Nachhaltigen Entwicklungsziele oder SDGs beschlossen. Bei der Umsetzung der SDGs spielen Frauen eine entscheidende Rolle. Viele der Ziele setzen die Gleichberechtigung und Gleichstellung bzw. Empowerment von Frauen zum Ziel und sehen diese gleichzeitig auch als Lösungsweg zur Erreichung weiterer Ziele an.

Den SDGs geht es darum einen anderen, ganzheitlicheren Ansatz zur Förderung von Entwicklung zu finden.

Damit die neuen SDGs noch über das hinaus gehen können, was die MDGs bereits erreicht haben und tatsächlich eine tiefgreifende Veränderung bewirken können, müssen sie die grundlegenden Hürden von Entwicklung angehen, wie insbesondere die Ungleichheit, die fehlende Widerstandsfähigkeit von Ländern und Gesellschaften gegen exogene Schocks und die Brüchigkeit von sozialen Strukturen und Defiziten bei der Regierungsführung. Dies sind große Herausforderungen, die sich gegenseitig bedingen, und von denen ich einige im Detail weiter beleuchten möchte.

Ungleichheit

Im Januar 2014 veröffentlichte das UNDP einen wichtigen Bericht über die Ungleichheit in Entwicklungsländern. Er heißt „Geteilte Menschheit“ (Humanity Divided) und analysiert wie die Ungleichheit in den Lebensumständen Einzelner die Perspektiven ganzer Gesellschaften in vieler Hinsicht negativ beeinflusst.

Bei großer Ungleichheit ist es schwerer, die Armut zu verringern. Die Weltbank schreibt dazu, dass „es kein Land geschafft habe, mehr als ein mittleres Einkommensniveau zu erreichen, während weiterhin ein großer Grad an Ungleichheit fortbestand“. Die Zahlen zeigen auch, dass dort, wo wirtschaftliche Macht auf wenige Einzelne konzentriert bleibt, auch die politische Macht in den Händen von Eliten mit fragwürdigem Einfluss liegt. Das führt zu strukturellen Barrieren bei der Förderung von größerer Gleichheit; beispielsweise wenn regressiv besteuert wird und nicht in Infrastruktur, Bildung und Gesundheit investiert wird, mit häufig deutlicheren Konsequenzen für die Armen die sich ohnehin schwieriger Zugang zu diesen Dienstleistungen verschaffen können. Ungleichheit führt auch dazu, dass politische Macht ungleich verteilt ist, was heißt, dass auch staatliche Institutionen nicht gerecht verteilen und damit auch die Integrität des Wirtschaftssystems untergraben. Alles in allem bedeutet das, dass Ungleichheit nicht nur mit Besitz, sondern auch mit Macht zusammenhängt und genau das beeinflusst die Demokratie.

Ungleichheit hat soziale Folgen wie eine geringere Lebenserwartung, schlechtere geistige Gesundheit und geringeres Wohlbefinden und höhere Kriminalitätsraten, die alle auch finanzielle Lasten mit sich bringen. UNDPs Bericht zur



Bei der Umsetzung der SDGs spielen Frauen eine entscheidende Rolle. Viele der Ziele setzen die Gleichberechtigung und Gleichstellung bzw. Empowerment von Frauen zum Ziel und sehen diese gleichzeitig auch als Lösungsweg zur Erreichung weiterer Ziele an.

Geschlechtergleichheit ist ein Kernelement im Kampf gegen Ungleichheit. Nicht nur erkennen die Vereinten Nationen die Gleichberechtigung als Menschenrecht an, es ist auch bekannt, dass Gesellschaften ihr volles Potential nur dann ausschöpfen können, wenn die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Gesellschaft verankert ist.

Menschlichen Entwicklung für Afrika, der erst vor ein paar Tagen veröffentlicht wurde (28. September 2016), hat berechnet, dass die Geschlechterungleichheit in Afrika südlich der Sahara jedes Jahr durchschnittlich 95 Milliarden US-Dollar oder 6 Prozent des BIP der Region kostet. 2014 waren es sogar 105 Milliarden US-Dollar. Dies gefährdet die Aussichten des Kontinents, gleichberechtigte/ umfassende menschliche Entwicklung (inclusive human development) und Wirtschaftswachstum voranzutreiben. Die Kosten setzen sich zusammen aus den Ausgaben für medizinische Versorgung, den Verlusten wegen der verkürzten Lebenserwartung und der schlechteren Gesundheit und Inhaftierungskosten. Jedoch bleiben viele Kosten, die mit Ungleichheit verbunden sind, wie ein höheres Niveau von Zusammenhalt in der Gemeinschaft, Vertrauen und sozialer Mobilität, schwer finanziell zu beziffern.

Geschlechtergleichheit ist ein Kernelement im Kampf gegen Ungleichheit. Nicht nur erkennen die Vereinten Nationen die Gleichberechtigung als Menschenrecht an, es ist auch bekannt, dass Gesellschaften ihr volles Potential nur dann ausschöpfen können, wenn die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Gesellschaft verankert ist. Investitionen in Frauen und Mädchen haben gut erforschte generationsübergreifende und gesellschaftsumfassende Vorteile – sie erhöhen das Einkommen, die Lebenserwartung und Bildungsstandards.

Verwundbarkeit (Vulnerability)

Die Verringerung sowohl der Armut als auch der Anfälligkeit von Menschen zu verarmen, ist eines der zentralen Ziele der SDGs. In vielen Fällen sind die Armen strukturell verwundbar. Wo soziale und gesetzliche Institutionen, Machtstrukturen, politische Räume oder Traditionen und soziokulturelle Normen nicht allen Menschen gleich dienen, fördern sie strukturelle Verwundbarkeit.

Heute gibt es auf der Welt ein weit verbreitetes Gefühl der Unsicherheit – sei es bezogen auf Lebensgrundlagen, persönliche Sicherheit, Umwelt oder internationale Politik. Die großen Errungenschaften bei entscheidenden Aspekten der menschlichen Entwicklung, wie Gesundheit und Ernährung, können jederzeit durch Naturkatastrophen, Finanzkrisen oder bewaffnete Konflikte untergraben oder gar ausgelöscht werden. Studien zeigen, dass Frauen wegen der ungerechten Verteilung von Rollen, Ressourcen und Macht besonders in Entwicklungsländern, unverhältnismäßig stark unter Katastrophen, schweren Wetterereignissen und dem Klimawandel leiden. Diese Ungleichheiten treffen sowohl während des Auftretens von Katastrophen zu – wie beispielsweise die höheren Sterblichkeitsraten von Frauen während extremen Wetterereignisse wie Überschwemmungen und Taifunen usw. zeigen –, als auch während des Wiederaufbaus nach Katastrophen, da etwa traditionelle Erbschafts- und Besitzrechte es überlebenden Frauen häufig schwierig machen, ihr Leben wieder in geordnete Bahnen zu bringen.

Obwohl es mehr und mehr Gesetze gibt, die Frauen vor Gewalt schützen sollen, ist sexuelle oder geschlechtsspezifische Gewalt weiterhin auf jedem Kontinent und in jedem Land verbreitet und tritt häufig im Krieg und bei Konfliktslagen in besonders erschreckendem Ausmaß auf. Ein Drittel aller Frauen weltweit werden im Laufe ihres Lebens Opfer von sexueller oder anderer physischer Gewalt. Das ist eine erschreckend hohe Zahl!

Seit dem Jahr 2000 hat UNDP zusammen mit unseren Partnern und dem Rest der Weltgemeinschaft die Geschlechtergleichheit ins Zentrum unserer Arbeit gerückt. Wir haben z.B. systematisch in vielen Ländern die politische Gleichstellung (political empowerment) von Frauen unterstützt durch die Förderung von Rechtsreformen oder über beispielsweise Medienkampagnen, die für öffentliche Unterstützung für Frauen in politischen Ämtern werben. UNDP unterstützt auch Präventiv-Maßnahmen, die Männer und Jungen in die Bemühungen einbinden, Gewalt gegen Frauen zu verhindern. Das ist im Übrigen auch ein Kernelement der UniTE Kampagne des UN Generalsekretärs, um Gewalt gegen Frauen zu beenden. Wir arbeiten außerdem mit politischen Parteien zum Thema Geschlechtergleichheit zusammen und helfen Frauen beim Aufbau von Fähigkeiten und Kompetenzen für öffentliche und politische Rollen. In den letzten zwei Jahren haben wir für mehr als 2.000 mongolische Frauen, die in die lokalen Khurals als Abgeordnete gewählt wurden, ein Führungstraining angeboten. In Asien-Pazifik haben wir die Vernetzung von über 2.000 weiblichen Gemeinde-Vertreterinnen (community leaders) unterstützt, die in ihren Gemeinden aktiv für Konfliktvermittlung eintreten. In Zusammenarbeit mit N-Peace – einem länderübergreifenden Netzwerk das zu Konfliktprävention arbeitet – veranstalten wir jährlich eine Preisverleihung um die Friedensarbeit dieser Frauen zu würdigen und publik zu machen.

Diese und andere Anstrengungen beginnen, schrittweise Erfolge zu zeigen. Heute gehen mehr Mädchen zur Schule als je zuvor und die meisten Regionen haben in der Grundschulbildung bereits Geschlechtergleichheit erreicht. Nach den Wahlen 2016 in der Mongolei erhöhte sich der Anteil von Frauen im Parlament auf 17,1 Prozent und nähert sich damit dem regionalen Durchschnitt von 18,8 Prozent an. Es muss dennoch noch viel getan werden, um das MDG Ziel von 30 Prozent Frauenanteil zu erreichen – ganz zu schweigen davon, um Geschlechterparität in der Repräsentation zu erreichen, was letztlich das Ziel für alle Länder und Regionen sein sollte.

Die SDG geben neue Impulse und Antriebe, Themen anzugehen, die vor 20 Jahren, als die MDGs erdacht wurden, noch weniger Beachtung fanden. Das betrifft den Klimawandel, Sicherheitsfragen und Krisenbewältigung ebenso wie die Notwendigkeit Frauen stärker und expliziter in diese Prozesse einzubinden.

Die neue Globale Agenda betont die Rolle von Frauen als Akteure des Wandels und als führende Kräfte von Entwicklungsprozessen. Dieser Ansatz erfordert einen Sinneswandel und eine Abkehr von Denkmustern, die Frauen primär als Empfängerinnen von Entwicklungsleistungen sehen, hin zu einer Logik die Frauen als Akteure und als Teil der Lösung definiert.

Die Erfahrung zeigt, dass, - wenn Frauen sich in Entscheidungspositionen befinden, sei es in nationalen oder lokalen Parlamenten, in der öffentlichen Verwaltung oder im Privatsektor, - sie es sind, die sich für einen Politikwechsel auf wichtigen Gebieten wie Gesundheits- und Schulwesen, Kinderbetreuung, Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Anschluss von Gemeinden an Wasser und Sanitäreinrichtungen und die Bekämpfung der Umweltverschmutzung einsetzen. Themen, die bei männlichen Politikern häufig nicht oberste Priorität genießen. Oder um es mit Helen Clark der Chefin UNDPs zu

Nach den Wahlen 2016 in der Mongolei erhöhte sich der Anteil von Frauen im Parlament auf 17,1 Prozent und nähert sich damit dem regionalen Durchschnitt von 18,8 Prozent an. Es muss dennoch noch viel getan werden, um das MDG Ziel von 30 Prozent Frauenanteil zu erreichen – ganz zu schweigen davon, um Geschlechterparität in der Repräsentation zu erreichen, was letztlich das Ziel für alle Länder und Regionen sein sollte.

Die neue Globale Agenda betont die Rolle von Frauen als Akteure des Wandels und als führende Kräfte von Entwicklungsprozessen. Dieser Ansatz erfordert einen Sinneswandel und eine Abkehr von Denkmustern, die Frauen primär als Empfängerinnen von Entwicklungsleistungen sehen, hin zu einer Logik die Frauen als Akteure und als Teil der Lösung definiert.

sagen, wenn Frauen im öffentlichen Leben unsichtbar sind, sind diese Themenfelder häufig nicht auf der Tagesordnung.

Zwischen 2012 und 2016 hat die informelle Gruppe der Frauen im mongolischen Parlament viele wichtige Gesetze initiiert, beispielsweise das Rauchverbot, die Überarbeitung des Strafgesetzbuchs und des Gesetzes über häusliche Gewalt, das die Möglichkeiten der Bestrafung von Vergehen gegen Frauen verbessert. Ich freue mich, dass einige dieser Vertreterinnen des mongolischen Parlaments heute bei diesem Forum anwesend sind.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal deutlich machen, dass die SDGs nur dann wirklich die Art von tiefgreifender Veränderung für Mensch und Planet erreichen können, die die Agenda 2030 angestrebt, wenn sie systematisch die Ungleichheit als größtes Hindernis von Entwicklung angehen.

Investitionen in Frauen als Akteure des Wandels haben immer wieder gezeigt dass sie in der Lage sind breiten gesamtgesellschaftlichen und generationsübergreifenden Nutzen und Vorteile zu entfalten. Geschlechtergleichheit muss deshalb Kernpunkt jeder Kampagne zur Bekämpfung der Ungleichheit sein. Das gilt auch für die SDGs.

Wie Hillary Clinton einmal gesagt hat – lange bevor sie Präsidentschaftskandidatin wurde- „es ist nicht nur richtig sondern klug dies zu tun“. („It is not just the right thing to do, it is the smart thing to do!“)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Beate Trankmann

*Landeskoordinatorin der UNO und
der UNDP in der Mongolei*

VORSCHLÄGE UND EMPFEHLUNGEN DES FORUMS

Am 06.09.2016 fand in Ulaanbaatar das 14. Mongolisch-Deutsche Forum zum Thema „Starke Demokratie mit Frauen in politischer Verantwortung“ statt. Die Vorschläge der verehrten Gäste, die in diesem Forum Vorträge gehalten haben, der Diskussionsteilnehmer, die ihre Meinungen gesagt haben und der anderen Teilnehmer wurden zu folgenden Vorschlägen und Empfehlungen zusammengefasst.

Zwei grundlegende Faktoren, die die Teilnahme von Frauen in politischen Entscheidungsebenen verhindern, haben die Teilnehmer hervorgehoben und diskutiert:

- Die traditionelle Denkweise über die Rolle der Frau in der Gesellschaft und der daraufbasierende diskriminierende Blickwinkel.
- Die Ausgaben für die Wahlkampagnen und für die Kandidatur sind stetig gestiegen. Die schwierige finanzielle Lage und die Korruption in der Mongolei hindern die Menschen aus verschiedenen Gesellschaftsbereichen bei politischen Entscheidungen teilzunehmen. Darunter leidet auch die mongolische Demokratie.

Die Forumsteilnehmer haben den Entscheidungsträgern, in den politischen Parteien und den Frauen in Führungspositionen folgende Vorschläge und Empfehlungen gemacht.

Folgende Empfehlungen für Entscheidungsträger:

- Es müssten entscheidende Schritte gemacht werden, um die Gendergleichheit der Frauen und die gleichberechtigte Teilnahme der Geschlechter in den Entscheidungsebenen zu gewährleisten. Die Gendergleichheit ist im Grundgesetz, im nationalen Programm und in anderen internationalen Verträgen definiert.

- Soziale, arbeitspolitische und gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen, damit Männer und Frauen gleichberechtigt arbeiten können und sich beide Geschlechter der Familie widmen können.
- Die Umsetzung der Gesetze zur Teilnahme von Frauen auf politischen und anderen Entscheidungsebenen, vor allem die Umsetzung des Gesetzes zur Gendergleichberechtigung und die damit verbundenen Programme verbessern.
- Die Regel im Wahlgesetz, dass jedes Geschlecht mit mindestens 30% der Kandidaten vertreten sein muss, wurde verworfen. Solche Prinzipienlosigkeit darf nicht wiederholt werden. Man muss politischen Willen zeigen und diese Regel reaktivieren und mit den rechtlichen Regelungen der Parteien verbinden.

Für politische Parteien wurden folgende Empfehlungen genannt:

- Die politischen Parteien sollen für verschiedene Bürgergruppen, vor allem für Frauen offen sein und eine proaktive Politik, interne Strukturen und Regeln definieren, um deren tatsächliche Teilnahme zu sichern. Das müssen die Parteien auch im Rahmen der Erneuerung, als eines der führenden Ziele sehen.
- Auf allen Parteiebenen muss eine Quote definiert werden, um die Geschlechtergleichheit zu gewährleisten.
- Die Regeln zur Kandidatur einer Partei und deren Entscheidungen müssen transparent und offen sein. Dort müssen die entsprechenden Gesetze befolgt und die Gendergleichheit gewährleistet sein.



Soziale, arbeitspolitische und gesetzliche Rahmenbedingungen müssen erschafft werden, damit Männer und Frauen gleichberechtigt arbeiten können und sich beide Geschlechter der Familie widmen können.

- Es müssen die Führungsfähigkeiten von Frauen verbessert werden, der Nachwuchs muss durch bestimmte Programme besser unterstützt werden.

Frauen in Führungspositionen geben wirfolgende Empfehlungen:
- Frauen sollten besser zusammenarbeiten, um größere Solidarität und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Entscheidungsebenen, Parteien und Generationen zu ermöglichen. Außerdem sollen sie voneinander lernen und bei der Unterstützung und Vorbereitung des Nachwuchses eine Vorbildfunktion übernehmen.
- Man darf die Ungerechtigkeit in der Politik nicht hinnehmen. Man muss gegen die Kultur, Regeln und Strukturen kämpfen, die demokratischen Prinzipien entgegenstehen. Des Weiteren müssen politische Institutionen stabilisiert werden und Institutionen geschaffen werden, in denen faire und gerechte Wahlen stattfinden.

Frauen sollten besser zusammenarbeiten, um größere Solidarität und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Entscheidungsebenen, Parteien und Generationen zu ermöglichen. Außerdem sollen sie voneinander lernen und bei der Unterstützung und Vorbereitung des Nachwuchses eine Vorbildfunktion übernehmen.

Nomingerel Khuyag

Vorstandsvorsitzende der Women for Change NGO

ABSCHLUSSBEMERKUNGEN

Das Mongolisch-Deutsche Forum ist das wichtigste Dialogformat zwischen Deutschland und der Mongolei. Für die Konrad-Adenauer-Stiftung ist es deshalb eine große Ehre, das im jährlichen Wechsel in Berlin und Ulaanbaatar stattfindende MDF mit zu veranstalten. Bei jeder Ausgabe des Forums suchen wir Themen, die im Interesse beider Länder sind. Bei der XIV. Auflage im Jahr 2016 in Ulaanbaatar haben wir das Thema „Starke Demokratie mit Frauen in politischer Verantwortung“ gewählt. Ziel des Forums ist es immer voneinander zu lernen und gemeinsam Lösungen für Probleme zu finden. Wir freuen uns deshalb sehr darüber, dass wir beim diesjährigen Forum mit über 200 Gästen Themen wie die Förderung von Frauen in politischen Ämtern, die Rolle der Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft sowie die Gleichberechtigung von Mann und Frau diskutieren durften. Dabei wurde deutlich, wie sehr die Thematik die Gesellschaften beider Länder prägt und wie sie auch voneinander lernen können.



Demokratie lebt vom Mitmachen. Nur durch eine ausgewogene Repräsentanz von sozialen und demographischen Gruppen, insbesondere auf den Entscheidungsebenen, entsteht die Möglichkeit den demokratischen Werdegang erfolgreich weiterzuführen. Sowohl in Deutschland als auch in der Mongolei sind die Frauen das Rückgrat der Gesellschaft. Sie übernehmen Verantwortung im Beruf und für die Familie. In beiden Ländern ist allerdings die Repräsentation von Frauen in politischen Ämtern verbesserungswürdig. Durch das XIV. Mongolisch-Deutsche Forum und dessen Begleitveranstaltungen haben wir deshalb nicht nur den Erfahrungsaustausch von Frauen auf Führungspositionen unserer beider Länder ermöglicht, sondern auch der mongolischen Öffentlichkeit eine klare Botschaft über die Bedeutung und die Vorteile der Förderung von Frauen auf politischen Entscheidungsebenen vermittelt. Es gehört bereits zur guten Tradition des Forums, dass die geäußerten Stimmen nicht nur in der mongolischen und deutschen Öffentlichkeit Gehör finden, sondern dass auch führende Vertreter aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft die Ideen in die Tat umsetzen.

Die diesjährige Öffnung des Forums hin zu breiteren Bevölkerungsschichten zeigt, dass das Forum nicht an Kraft verloren hat, sondern weiterhin das wichtigste bilaterale Gesprächsforum ist. Damit wird das MDF auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag für die Deutsch-Mongolischen Beziehungen leisten.

Dr. Daniel Schmücking

*Landesbeauftragter der
Konrad-Adenauer-Stiftung Mongolei*

Demokratie lebt vom Mitmachen. Nur durch eine ausgewogene Repräsentanz von sozialen und demographischen Gruppen, insbesondere auf den Entscheidungsebenen, entsteht die Möglichkeit den demokratischen Werdegang erfolgreich weiterzuführen.

DAS XIV. MONGOLISCH-DEUTSCHE FORUM DURCH SICHT DER KAMERAPERSPEKTIVE



IN POLITISCHER VERANTWORTUNG
06.09.2016, Ulaanbaatar



DAS XIV. MONGOLISCH-DEUTSCHE FORUM DURCH SICHT DER KAMERAPERSPEKTIVE



„DIE MONGOLEI/DEUTSCHLAND BEDEUTET FÜR MICH...“ FOTOSTRECKE



Die Mongolei bedeutet für uns:
"TEMPORÄRE HEIMAT IN DER NATUR"

Deutschland bedeutet für uns:
"ENTWICKLUNG UND QUALITÄT"



Die Mongolei bedeutet für uns:
"FREUNDE"

Deutschland bedeutet für uns:
"SAUBERKEIT und PÜNKTLICHKEIT"



Die Mongolei bedeutet für uns:
"STEPPE UND FREIHEIT"



Deutschland bedeutet für uns: **"DIE SICHERE SEITE"**

„DIE MONGOLEI/DEUTSCHLAND BEDEUTET FÜR MICH...“ FOTOSTRECKE

Die Mongolei bedeutet für mich: **"GROBE FREIHEIT"**



Deutschland bedeutet für uns: **"QUALITÄT UND ZEIT"**



Deutschland bedeutet für mich: **"KAS, ANGELA MERKEL UND BILDUNGSSYSTEM"**

Deutschland bedeutet für uns: **"ZWEITE HEIMAT"**



Deutschland bedeutet für mich:
"FUBBALL"



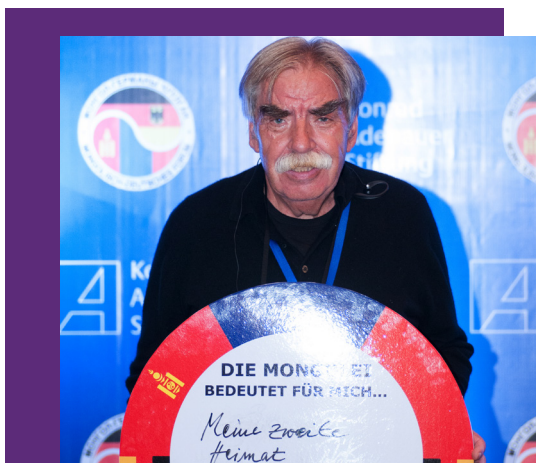
Die Mongolei bedeutet für mich:
"GROßEN RESPEKT UND HOCHACHTUNG, SICH
IN FREUNDLICHER GELASSENHEIT ZWISCHEN
DEN GROSSMÄCHTEN CHINA UND RUSSLAND ZU
BEFINDEN. EIN WUNDERSCHÖNES LAND!"

Deutschland bedeutet für mich:
"PÜNKTLICHKEIT"



„DIE MONGOLEI/DEUTSCHLAND
BEDEUTET FÜR MICH...“
FOTOSTRECKE

Deutschland bedeutet für mich:
"RICHTIGES WIRTSCHAFTSSYSTEM"



Die Mongolei bedeutet für mich:
"ZWEITE HEIMAT"



<http://www.kas.de/mongolei/>